

BLÄTTER FÜR STEUERRECHT, SOZIALVERSICHERUNG UND ARBEITSRECHT

Band 33

1978



Reprint

Schmidt Periodicals GmbH
D-83075 Bad Feilnbach / Germany

1995

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des
Hermann Luchterhand Verlages, Neuwied

Die Druckvorlagen wurden freundlicherweise von der
Universitätsbibliothek Konstanz zur Verfügung gestellt.

Blätter für Steuerrecht, Sozialversicherung und Arbeitsrecht

33. Jahrgang 1978

Luchterhand

INHALTSVERZEICHNIS

I. Stichwortverzeichnis

Bn = Berliner Nachrichten · Bü = Bücherschau · Kn = Kurznachrichten · R = Rechtsprechung

	Heft	Seite		Heft	Seite
A					
Abfindung, Recht der —	18	280	Arbeitsdienst für die weibliche Jugend	8	126
Abfindungen, Arbeitsförderungsgesetz	7	106	— im Jahre 1934 keine Ersatzzeit, studentischer —	8	126
— bei Betriebsstillegung im Konkurs	5	67	Arbeitseinkommen, Pfändung von verschleiertem —	2	20
— bei Sozialplänen im Konkurs	1	7	Arbeitserlaubnis für eine Beschäftigung in Berlin	5	74
— wegen Auflösung des Dienstverhältnisses	5	Bn	Arbeitsförderung, Althi-Anspruch für Ausländer ohne Arbeitserlaubnis	20	315
Abfindungszahlungen an Witwe	5	Kn	—, Änderungen im Bereich der Reichsversicherungsordnung	7	107
Abgabenordnung	8	Bü	—, Anschaffung eines Kraftfahrzeugs	3	47
—, Bekanntgabe des Prüfungsberichts	9	Bü	—, Anspruch auf Arbeitslosengeld trotz Ortsabwesenheit, Urlaub des Arbeitslosen	9	141
—, Mitwirkungspflichten	2	32	—, Anspruch auf Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe für Werkstudenten	9	141
—, 1977 für die Lohnsteuer-Außenprüfung	2	32	—, Anspruch auf Kindergeld bei Bezug von Kinderzuschüssen und Kinderzuschlag	15	235
—, Prüfungsgrundsätze	2	32	—, Antragstellung auf Entrichtung von Pflichtbeiträgen aus der Konkursausfallversicherung	19	300
—, Schlußbesprechung	2	32	—, Arbeitslosengeld	2	28
—, Verfahrensgrundsätze der neuen —	5	77	—, Arbeitslosengeld für ordentliche Studierende einer Hochschule	19	300
Abmahnung, Ermahnung und Verwarnung im Arbeitsverhältnis	14	212	—, Arbeitslosenhilfe	14	223
Absetzungen für Westberliner Gebäude, erhöhte —	19	Bn	—, Arbeitslosenhilfe eines ausländischen Arbeitnehmers	22	348
Abtretung, Verpfändung und Pfändung, Erstattung und Vergütung von Steuern	4	61	—, Arbeitslosigkeit eines Referendars vor Eintritt in den jur. Vorbereitungsdienst	9	140
Abzugsfähigkeit von Bewirtungskosten	5	Kn	—, ausländische Arbeitnehmer	15	236
Akkordarbeit	19	Bü	—, ausreichende Schutzvorkehrungen für den Winterbau	15	234
Aktiengesetz	9	Bü	—, Bemessung der Arbeitslosenhilfe	7	107
Alkohol-Entziehungskur, zuständiger Versicherungsträger	15	236	—, Berechnung der Antragsfrist für den Anspruch auf Konkursausfallgeld	15	235
Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen, verfassungsrechtliche Grundlagen der —	23	353	—, berufliche Tätigkeit	3	47
Altersgrenze für Schwerbehinderte herabgesetzt	18	Kn	—, Bewilligungszeitraum für die Arbeitslosenhilfe	7	107
Altershilfe für Landwirte, Landabgaberechte	22	346	—, Bildungsmaßnahmen	7	105
Altersruhegeld	1	Kn	—, Erstattung von Sozialversicherungsbeiträgen für Empfänger von Kurzarbeitergeld	19	299
Altersversorgung, Leistungen der betrieblichen —	3	37	—, Fortbildung eines Steuerbevollmächtigten zum Betriebswirt, Zweckmäßigkeit und arbeitsmarktpolitisches Bedürfnis der Maßnahme	15	236
—, verfassungskonform, Verbesserung der betrieblichen —	6	Kn	—, Gastarbeiter	15	236
Änderungsvertrag	20	310	—, Heimunterbringung	22	347
Angestellte, nichtversicherungspflichtige	24	378	—, Hörschädigte	3	48
Angestelltenversicherung, freiwillige Beiträge	8	Kn	—, individuelle Förderung	3	48
Angestelltenversicherungsgesetz	2	Bü	—, Kindergeldanspruch einer alleinstehenden Vollwaise	15	235
Anhörung des Beteiligten vor Erlaß eines belastenden Verwaltungsaktes	6	92	—, Konkursausfallgeld, rückständiges Arbeitsentgelt	15	235
— des Betriebsrats bei Kampfkündigungen	20	307	—, Konkursvorrecht für die Forderungen der Bundesanstalt auf rückständige Winterbau-Umlage und Nebenforderungen	19	299
— des Betriebsrats vor Kündigungen	5	65	—, Kurzarbeitergeld	5	Kn
— des Betriebsrats zu einer umgedeuteten oder hilfsweise erklärten ordentlichen Kündigung	20	308	—, Lebensbedarf eines behinderten Kindes	22	348
— des Betroffenen vor (niedrigerer) Erstfeststellung der Dauerrente	16	252	—, Massenentlassungen	22	347
Anhörungsverfahren, Mängel im — Kündigungsschutzprozeß	8	115	—, Maßnahme der beruflichen Bildung	14	223
Anspruch auf rechtliches Gehör bei Verweigerung der Überlassung der Gerichtsakten in das Rechtsanwaltsbüro, keine Verletzung des —	6	92	—, Maßnahme der beruflichen Bildung aus wichtigem Grund und Rückforderung von Unterhaltsgeld, Abbruch einer —	9	141
Antizyklische Finanzpolitik	13	Bü	—, rückwirkende tarifliche Lohnerhöhung und Berechnung des Unterhaltsgeldes	9	141
Arbeit	6	Bü	—, Schlechtwettergeldleistungen	2	28
Arbeitgeber	3	Bü	—, Stufenausbildung	3	48
Arbeitgeberkoalition, Mitbestimmungsgesetz und —	9	133	—, Überbrückungsgeld für Arbeitsaufnahme in Berlin und eigenmächtiger Arbeitsplatzwechsel	15	236
Arbeitgeberzuschuß zur Krankenversicherung	10	156	—, Übergangsgeld	2	28
Arbeitnehmer, Mitarbeiter	17	265	—, Umlagepflicht eines Baubetriebes nach § 186 a AFG produktive Winterbauförderung	9	142
—, Sozialversicherung ausländischer —	19	Kn	—, unbillige Härte	14	223
— vor der ersten Arbeitsaufnahme, Sozialversicherungsschutz bei Erkrankung des —	5	68	—, Unterhaltsgeld	2	28
Arbeitnehmerähnliche Personen, Tarifvertrag für —	16	245	—, Unterhaltsgeld bei Mehrfachbeschäftigung	7	105
Arbeitnehmerüberlassung, Antragsrecht des Verleihunternehmers auf Schlechtwettergeld	22	347	—, unverzügliche Erstattung der Schlechtwettergeldanzeige	9	142
Arbeitsaufnahme, finanzielle Hilfe zur —	18	Kn	—, Urlaubsabgeltung bzw. Urlaubsgeld und Konkursausfallgeld	15	236
Arbeitsbefreiung wegen Betriebsrats Tätigkeit außerhalb der Arbeitszeit, Betriebsrat auf —	5	66	—, Urlaubsreise des Arbeitslosen	8	Kn
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	17	Kn	—, Verfassungsmäßigkeit der Erhebung der Konkursausfallgeld-Umlage allgemein von den Unternehmen	19	300
			—, Verlängerung der Arbeitserlaubnis für ausländische Arbeitnehmer	19	299
			Arbeitsförderungsgesetz	7	106
			—, Abfindungen	15	Bü
			—, Bemessungsentgelt bei geringer entlohnten Zwischenbeschäftigungen	7	106
			—, Bemessungsentgelt für Berufsanfänger	7	106
			—, Sperzeit	7	106

	Heft	Seite		Heft	Seite
—, Viertes Gesetz zur Änderung des —	7	105	Arbeitswissenschaft	19	Bü
—, zumutbare Beschäftigung	24	374	Arbeitszeit, Betriebsrat auf Arbeitsbefreiung wegen Betriebsratstätigkeit außerhalb der —	5	66
Arbeitsgerichtsgesetz	8	Bü	Arbeitszeitverkürzung, 38-Stunden-Woche	5	Kn
Arbeitsgerichtsverfahren	23	Bü	Arbeitszeugnis	21	Bü
—, Reisekostenvorschub für mittellose Arbeitnehmer im —	18	Kn	Ärztliche Beratungen außerhalb der Sprechstunde	5	73
Arbeitsgesetze	7	Bü	— Leistungen, gesonderte Abrechnung präventiver und kurativer —	7	108
Arbeitskampf	24	Bü	ASiG, Gewerbeaufsicht	12	188
— gegenüber Mitgliedern betriebsverfassungsrechtlicher Organe, Kündigung im —	16	246	—, Unfallversicherung	12	188
Arbeitslohn aus einem Arbeitsverhältnis	10	159	Aufklärungspflichten des Arbeitgebers	1	8
Arbeitslose	16	Kn	Aufsichtsbehörde, Datenschutz	7	101
—, Rentenbeiträge für —	11	Kn	Aufwandsentschädigungen	1	Bü
—, Urlaubsreise des	8	Kn	Ausbildung, betriebliche	22	Kn
Arbeitslosengeld	2	28	Ausbildungsfreibeträge für über 27 Jahre alte Kinder bei der Einkommensteuer (Lohnsteuer)	8	128
—, Krankengeld bei Bezug von —	19	300	Ausbildungsvergütung, tarifliche	14	216
—, trotz Ortsabwesenheit, Urlaub des Arbeitslosen, Anspruch auf —	21	331	Ausfallzeiten	2	25
—, unbillige Härte bei der Berechnung des —	9	141	Ausgleichsleistungen nach dem ZVALG, Wartezeit	19	298
— und Arbeitslosenhilfe für Werkstudenten, Anspruch auf —	14	223	Ausgleichsquittung, Kündigungsschutzklage	2	19
Arbeitslosenhilfe	15	236	Aushilfsarbeiten, Versicherungspflicht bei —	22	Kn
—, Anspruch für Ausländer	20	315	Ausländer, Arbeitslosenhilfe-Anspruch für —	20	315
—, Arbeitsförderung eines ausländischen Arbeitnehmers	22	348	Ausländerbeschäftigungsgesetz	7	Bü
—, Bemessung der —	7	107	Ausländerrecht	15	Bü
—, Bewilligungszeitraum für die —	7	107		16	Bü
—, Ermittlung des Einkommens zwecks —	14	223	Ausländische Arbeiter mit ausländischem Arbeitsvertragsstatut, die in einem im Inland gelegenen Betrieb eines ausländischen Unternehmens beschäftigt werden, Betriebsverfassungsgesetz für —	11	170
—, für Werkstudenten, Anspruch auf Arbeitslosengeld und —	9	141	Ausländische Arbeitnehmer	7	Bü
—, Sparbeiträge bei —	1	Bn	—, außergewöhnliche Belastung	15	236
Arbeitslosenunterstützung und Arbeitsvermittlung	24	375	—, doppelte Haushaltsführung	4	63
Arbeitslosenversicherung, deutsch-österreichisches Abkommen	21	Kn	—, Familienheimfahrten	7	109
Arbeitslosigkeit	22	Bü	—, für eine Beschäftigung in Berlin	5	74
—, Sparförderung, vorzeitige Verfügung bei —	2	29	—, Lohnsteuer von Gastarbeitern	5	Bn
— und psychosoziale Versorgung	17	Kn	—, Rentenzahlung an Ausländer im Ausland	5	75
Arbeitsmarkt, 1977	3	Kn	—, Schadensersatzpflicht des Arbeitgebers bei schuldhafter Auszahlung des Kindergeldes an bereits ausgeschiedene —	9	142
Arbeitsmarktpolitik	24	Kn	—, Sozialversicherung	19	Kn
Arbeitsniederlegungen, Kündigungen wegen —	18	III	—, und internationales Privatrecht	2	19
—, Rechtswidrigkeit einer gemeinschaftlichen	22	343	—, vergleichbare ausländische Leistungen	14	224
Arbeitsrecht	4	Bü	—, Verlängerung der Arbeitserlaubnis für —	19	299
—, Berufungsschrift	2	22	Ausländische Studenten, versicherungsrechtliche Beurteilung	5	72
—, Prozeßvollmachten	2	21	Ausländische Unternehmer	11	170
—, Rechtsbeschwerde	2	22	Auslandsversicherungen und gesetzliche Krankenversicherung	4	54
—, unbezifferte Klage	2	21	Auslösungen und Fahrkosten, steuerliche Behandlung	9	143
—, Verweisungsbeschuß	2	21	Ausschlußfrist, außerordentliche Kündigung	22	343
—, Zeugenvernehmung	2	21	—, des § 626 Abs. 2 BGB	22	344
Arbeitsrechtliche Statusklage	9	135	—, zur Wahrung der —	22	343
Arbeits-(Schüler)-Unfall, Abholen von bestellten Schulbüchern	20	318	Außenprüfung, Ausweispflicht, Beginn der —	2	32
Arbeitsschutz, Gewerbeaufsichtsbehörden	12	187	Außensteuergesetz	8	Bü
—, Unfallversicherung	12	187		10	Bü
Arbeitsschutzsteiger, Eingruppierung eines —	4	53		19	Bü
Arbeitssicherheit	19	Bü	Außergewöhnliche Belastung	10	160
	22	Bü	—, Arzneikosten	22	350
	24	Bü	—, Aufwendungen für die Anschaffung einer Waschmaschine	20	320
Arbeitsstättenrecht	24	Bü	—, Aufwendungen für eine Hausgehilfin	10	159
Arbeitsstättenverordnung	5	Bü	—, Aussteuer	23	368
Arbeitsunfall, Begriff des —	7	108	—, Aussteuer aufwendungen	22	350
—, Beweislast	15	232	—, bedürftige Angehörige	22	350
—, neuere Rechtsentwicklung in Zusammenhang mit dem Vorliegen eines —	15	231	—, Beerdigungskosten	22	350
—, Verletzungen durch vernehmende Kriminalbeamte als —	21	332	—, Berufsausbildung	22	350
Arbeitsverhältnis	11	Bü	—, Ehescheidungskosten	22	350
—, Altersgrenze für —	4	52	—, Geburtskosten	22	350
—, Begründung und Beendigung des — sind im Interesse einer gerechteren Verteilung der Arbeitsplätze neu zu regeln?	18	273	—, Hausgehilfin	22	350
—, Bestehen eines —	1	7	—, Hausrat	22	350
—, oder freie Mitarbeit	16	247	—, Kleidung	22	350
—, zur Zulässigkeit befristeter —	12	185	—, Körperbehinderung	22	350
Arbeitsvermittlung, Rationalisierungsmaßnahmen und Bestandsschutz von —	24	281	—, Kuren	22	350
— und Arbeitslosenunterstützung	24	375	—, Steuerermäßigung wegen —	22	349
Arbeitsverträge	1	Bü	—, Tilgung von Schulden	22	350
—, Zulässigkeit der Befristung von —	9	137	—, Umzugskosten	23	368
Arbeitsvertragsrecht	12	184	Außerordentliche Kündigung, Ausschlußfrist	22	343
—, Begriff der Dienstunfähigkeit	12	184	— eines Hochschullehrers	22	344
—, Croupiers	12	186	— gegenüber Betriebsratsmitgliedern, Ausschlußfrist für —	8	123
—, internationales Privatrecht	2	19	Aussperrung	23	Bü
—, Kündigungsschutzklage	2	19	—, Hessische Verfassung	22	340
—, Schadensersatzpflicht eines vertragsbrüchigen Arbeitnehmers	1	8	—, mittels Kampfparität?, verfassungsrechtliche Gewährleistung der —	22	337
—, Strafurteile in Personalakten	2	18	Auszubildende, tarifliches Urlaubsgeld für —	6	85
—, Teilnahme an einem Ausbildungslehrgang	2	19	Automatisierung	22	Bü
— und schulisches Ausbildungsverhältnis	1	7			

	Heft	Seite		Heft	Seite
B					
Baukostenzuschüsse bei Veräußerung des Gebäudes . . .	8	Kn	Betriebsbedingtheit von Kündigungen	17	260
BDSG und BetrVG	14	212	Betriebsfortführung, Versicherungsfreiheit	5	75
Beamtenpensionen auf Betriebsrenten, Anrechnung von	19	292	Betriebsinhaberwechsel, Bedeutung des Widerspruchs eines Arbeitnehmers gegen den Übergang bei einem —	12	184
Beendigung des Arbeitsverhältnisses, Begründung und — sind im Interesse einer gerechteren Verteilung der Arbeitsplätze neu zu regeln?	18	273	—, Übergang des Arbeitsverhältnisses von leitenden Angestellten bei —	16	247
Befristeter Arbeitsvertrag auf Probe	19	293	—, Widerspruch eines Arbeitnehmers gegen den Übergang des Arbeitsverhältnisses bei einem —	7	103
—, Kündigungsschutz bei mehrfach befristeten —	19	290	Betriebsprüfung, Mehr- oder Mindergewinn	5	Kn
—, Verlängerung	19	289	Betriebsprüfungsordnung (Steuer), die neue —	16	254
Befristung von Arbeitsverträgen, Zulässigkeit der —	9	137	Betriebsrat	3	Bü
Begründung und Beendigung des Arbeitsverhältnisses sind im Interesse einer gerechteren Verteilung der Arbeitsplätze neu zu regeln?	18	273	— als Kündigungsgrund, Wahlwerbung für —	11	163
Behindertenplätze, Meldung der —	3	Kn	— auf Arbeitsbefreiung wegen Betriebsratstätigkeit außerhalb der Arbeitszeit	22	Bü
Beitragsbemessungsgrenzen	23	361	—, Ausschluß aus dem — wegen parteipolitischer Betätigung	23	Bü
Beitragsersatzanspruch	2	26	— bei Betriebsänderungen, Mitbestimmung des —	24	Bü
Beitragspflicht zur landwirtschaftlichen Altersklasse	5	75	— beim Ausfall ganzer Schichten, zum Mitbestimmungsrecht	14	217
Beitragsrecht der Sozialversicherung zum 1. Januar 1979, Änderungen im — (Schluß)	24	377	—, Beteiligung des —	6	85
—, Rentenversicherung	20	312	—, Betriebszugehörigkeit	2	21
Beitragschulden der Gesellschaft zur Unfallversicherung, keine Haftung des Gesellschafter-Geschäftsführers einer GmbH für —	23	363	— für mehrere Unternehmen? — einheitlicher Betrieb	11	168
Beitragszeiten	8	125	—, Kündigung, Stellungnahme	16	246
Bemessungsentgelt für Berufsanfänger, Arbeitsförderungsgesetz	7	106	—, Kündigungsschutz auch für Ersatzmitglieder	5	65
Bereitschaftsdienst auch für Fachärzte, Teilnahmepflicht am kassenärztlichen Not- und —	7	107	—, Mitbestimmungsrecht des —	2	Kn
Berlin, Körperschaftsteuer und Kapitalertragsteuer	1	Bn	— und zum Annahmeverzug des Arbeitgebers beim Abbau von Überstunden, Mitwirkungsrecht des —	10	152
Berлиндarlehen, Einkommensteuervorauszahlung wegen —	19	Bn	—, Ververtretungsmacht des —	1	6
Berlinförderungsgesetz	11	Bü	—, vor Kündigungen, Anhörung des —	6	85
Berlinzulage, überzahlte	15	Bü	—, Wahl zum —	5	66
Berufliche Bildung, Einrichtungen zur —	19	Bn	—, Wahlanfechtungsverfahren	9	Kn
Berufsbildung	12	Kn	— wegen einer beantragten Zustimmung zur Kündigung eines Betriebsratsmitglieds, Verfahren	20	307
Berufsbildungsgesetz	21	Bü	— wenn zwischen Abschluß des Anhörungsverfahrens und Ausspruch der Kündigung ein längerer Zeitraum liegt	11	170
Berufsbildungsrecht	7	Bü	— zur Sperrwirkung eines nachwirkenden Tarifvertrages für Mitbestimmungsrechte des —	6	84
Berufsförderung	20	Bü	Betriebsrätegesetz, Hessisches	6	85
Berufsförderung	17	269	Betriebsratsgesetz, Hessisches	22	341
Berufsförderungsmaßnahmen	11	173	Betriebsratsmitglieder auf Vergütung der Reisezeit zu Schulungs- und Bildungsveranstaltungen	5	67
—, erfolgreiche Durchführung von —	7	110	—, Ausschlussfrist für außerordentliche Kündigungen gegenüber —	8	123
Berufskrankheit, Bronchialasthma als —	16	250	Betriebsratstätigkeit außerhalb der Arbeitszeit, Betriebsrat auf Arbeitsbefreiung wegen —	5	66
—, Vermutung des ursächlichen Zusammenhangs zwischen Todeseintritt und —	11	172	—, Behinderung der —	16	242
Berufskrankheitenverordnung	17	Bü	Betriebsratswahl	5	Bü
Berufsschadensausgleich, Dauer einer Hochschulausbildung	5	76	—, Anfechtung der —	2	Kn
Berufungsschrift	2	22	—, Berechtigung einer Kündigung aus Anlaß des Wahlkampfes für eine —	13	198
Beschädigtenrente, Erreichen der Altersgrenze	5	76	—, Einsprüche gegen Wählerliste auf den Schluß der Dienstzeit	11	169
Beschäftigungschancen	22	Kn	—, Nichtigkeit einer —	20	308
Beschlußverfahren, Antragsvorbringung im —	22	344	—, Nichtigkeit und Anfechtbarkeit einer —	11	169
—, arbeitsgerichtlich	13	199	—, schriftliche Vorabstimmung	20	307
Besoldungstabellen	15	Bü	—, Wahlvorschläge	11	169
Bestandsschutz, Erweiterung des —	18	285	—, Wahlvorstandsmitglieder	11	169
—, Verbesserung des —	18	284	Betriebsrenten, Anrechnung von Beamtenpensionen auf —	19	292
— von Arbeitsverhältnissen, Rationalisierungsmaßnahmen und —	18	281	Betriebsrentengesetz	2	Bü
Besteuerung der Mitunternehmer von Personengesellschaften	6	96	—, Behinderung der —	7	Bü
Betrieb und Betriebsrat für mehrere Unternehmen? — einheitlicher —	16	246	Betriebsstillegungen im Konkurs, Abfindungen —	16	Bü
Betriebliche Altersfürsorge	9	Bü	Betriebsteil	5	67
—, die zeitlichen Leistungsvoraussetzungen im Bereich der —	19	Bü	Betriebsveräußerung, Rechtswirkung des Widerspruchs des Arbeitnehmers bei —	17	258
—, verfassungskonform, Verbesserung der —	6	Kn	Betriebsverfassung, Datenschutz	8	Kn
Betriebliche Datenschutzbeauftragte	7	99	Betriebsverfassungsgesetz	14	212
Betriebliche Versorgungsrente, Bemessung	2	Kn	Betriebsverfassungsgesetz	1	Bü
Betriebliches Vorschlagswesen	10	Bü	—	9	131
Betriebsänderungen	22	Kn	— für ausländische Arbeitnehmer mit ausländischem Arbeitsvertragsstatut, die in einem im Inland gelegenen Betrieb eines ausländischen Unternehmens beschäftigt werden	21	Bü
—, Mitbestimmung des Betriebsrats bei —	20	309	— für Religionsgemeinschaften, des Ausschlusses des —	20	Bü
Betriebsarbeit, Schulung für die —	5	66	—, Rückstellungen für Sozialpläne nach dem —	24	Bü
Betriebsausgaben	23	Kn	Betriebsverfassungsrecht	6	84
—, Ehescheidung	5	Kn	—, Kündigung	12	180
Betriebsbedingte Kündigung, generelle Abfindungspflicht bei —	18	280	—, Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats beim Ausfall ganzer Schichten	6	85
			—, Mitwirkungsrecht des Betriebsrats und zum Annahmeverzug des Arbeitgebers beim Abbau von Überstunden	6	85
			—, ordnungsgemäße Anhörung des Betriebsrats, wenn zwischen Abschluß des Anhörungsverfahrens und Ausspruch der Kündigung ein längerer Zeitraum liegt	6	84
			—, Tarifvertrag für Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats	6	85

	Heft	Seite		Heft	Seite
Betriebsverfassungsrechtliche Organe, Kündigungen im Arbeitskampf gegenüber Mitgliedern —	16	246	Doppelte Haushaltsführung bei Gastarbeitern, lohnsteuerrechtliche Behandlung der —	11	174
Betriebsversammlungen durch den Arbeitgeber, Protokollierung von —	16	241	— und Witwerrente	4	59
—, Funktion der —	16	241	—, Werbungskosten	4	63
—, Parteipolitiker in einer —	5	67	Doppelter Wohnsitz, Tarifpräferenz bei —	19	Bn
Betriebswirtschaft	12	Bü	E		
Betriebswirtschaftslehre	20	Bü	Ehescheidung, Folgekosten einer —	5	Kn
Betriebszugehörigkeit, Anrechnung der Wehrdienstzeit auf die —	9	137	Einfuhrumsatzsteuer	2	31
Beweisantrag	13	199	Eingruppierung	20	310
Bewerberauslese	5	Bü	— eines Arbeitsschutzsteigers	4	53
Bewertungsgesetz	13	Bü	Eingruppierungsrechtsstreitigkeiten, Streitwert bei —	2	21
Bewertungskosten	1	Bü	Einheitsbewertung des Betriebsvermögens	2	32
Bilanz	9	Bü	— des Betriebsvermögens, Anspruch auf Investitionszulage	2	30
Bilanzanalyse	7	Bü	—, Schachtelbeteiligungen bei der —	10	Bn
Bilanzierung	12	Bü	Einheitswert des Mineralgewinnungsrechts	8	127
	20	Bü	Einkommensteuer	2	Bü
Bilanzsteuerrecht	2	Bü		3	Bü
Bilanzzusammenhang	5	Kn		6	Bü
Bildschirmarbeitsplätze	17	Kn		9	Bü
Bildungsmaßnahmen, Arbeitsförderung	7	105	— (Lohnsteuer), Ausbildungsfreibeträge für über 27 Jahre alte Kinder bei der —	8	128
Bildungsurlaub	6	Bü	Einkommensteuererklärung, amtliche Steuerklärungsvordrucke	23	Kn
	9	Kn	Einkommensteuergesetz	16	Bü
— für Arbeitnehmer bereits in mehr als 200 Tarifverträgen vereinbart	7	Kn		21	Bü
Bildungsveranstaltungen, Betriebsratsmitglieder auf Vergütung der Reisezeit zu Schulungs- und —	5	67	Einkommensteuerrecht	10	Bü
Bindungswirkung rechtskräftiger Urteile in tarifrechtlichen Streitigkeiten	12	184	—, Neuregelung des § 7 b EStG	1	Bn
Blutalkoholkonzentration, Unfallversicherung	20	317	Einkommensteuerveranlagung, sonstige Bezüge, Gehaltsnachzahlung	10	160
Buchführung	9	Bü	Einkommensteuervorauszahlungen wegen Berlindarlehen	19	Bn
Buchungsgebühren	11	Kn	Einkommensverteilung, ungleichgewichtige	7	Kn
Bundesangestelltentarifvertrag	14	Bü	Einnahmen aus einem Arbeitsverhältnis	10	159
Bundesarbeitsgericht zu § 626 Abs. 2 BGB, die Rechtsprechung des —	10	145	Einsprüche gegen Wählerliste	11	169
Bundesfinanzhof, Geschäftsstand beim — am 1. Januar 1978	7	Kn	Einstellungsanspruch	18	275
Bundeskartellamt, Sprechtag	23	Kn	Einstellungsfragebogen, aktuelle Fragen zum —	11	161
Bundessozialgericht, 2399 Verfahren beim —	7	Kn	Elternrente bis zum Heiratszeitpunkt des Sohnes	21	332
Bundessozialhilfegesetz	2	Bü	Entgeltgrenze	24	377 378 379
Bundesverfassungsgericht zur Unfallversicherung	1	Kn	Entwicklungshelfer, Vertragsstrafen in Vorbereitungsverträgen mit —	7	103
Bundesversorgungsgesetz angepaßt, Leistungen nach dem —	14	Kn	Entwicklungsländer	12	Bü
D					
Datenbank im Betrieb	11	164	Erholungsurlaub	22	Bü
Datenschutz	11	163	Erkrankung im Sonderurlaub, Lohnfortzahlungsanspruch des Arbeitnehmers bei —	10	151
—, Benachrichtigung und Auskunft	22	Bü	Ermahnung und Verwarnung im Arbeitsverhältnis, Abmahnung	14	212
—, Betriebsvereinbarungen	14	211	Ersatzkraft, Haushaltsführung während Krankenhausaufenthalt der Ehefrau und Mutter, Erstattung der Unkosten für —	6	94
—, Fachtagung	11	167	Ersatzmitglieder des Betriebsrats, Kündigungsschutz für —	10	152
—, Geltung des allgemeinen Arbeitsrechts	21	Kn	Ersatzzeit	2	24
—, Geltungsbereich des BDSG bei der Verarbeitung von Personaldaten	14	209		4	58
— im Personalwesen der Sozialversicherung	6	86	—, abgeschlossene Fachschulausbildung	17	268
—, Lohn- und Gehaltslisten	11	166	—, studentischer Arbeitsdienst im Jahre 1934 keine —	8	126
—, Personalakten	11	166	Erstattungsanspruch des Arbeitgebers gegen Sozialkassen des Baugewerbes wegen ausgelegter Leistungen	10	152
—, Personalfragebogen	11	165	Erstattungsbetrag	23	368
—, Schutzbereich des BDSG	14	209	Erstattungspflicht des UV-Trägers für erhöhte Kosten eines Sonderschulbesuchs	16	251
—, soziale Mitbestimmung	11	167	Erwerbstätige Frau in der gesetzlichen Rentenversicherung	4	Kn
—, Strafbestimmung beim —	7	101	F		
—, Subsidiarität des BDSG	14	210	Fahrkosten, steuerliche Behandlung, Auslösungen und —	9	143
— und Betriebsverfassung	14	212	Familienheimfahrten von Gastarbeitern, kein Versicherungsschutz während des eigentlichen Urlaubs und auf den damit zusammenhängenden Wegen	7	109
—, Wirtschaftsausschuß	11	166	Familienhilfe für hauptberuflich tätige Familienangehörige, Anspruch auf —	16	249
Datenschutzbeauftragte, betriebliche	7	99	Fehlzeiten, Kürzung des Tarifurlaubs bei hohen —	8	122
	11	163	Feiertagsarbeit, Zuschläge für —	20	319
Datenverarbeitungsprogramme, Überwachung der —	7	100	Fernunterricht, betrieblicher	22	Kn
Deutscher Juristentag	20	Kn	Feststellung, daß ein Arbeitsverhältnis besteht	9	135
Dienstreisen, steuerliche Behandlung der —	7	111			
Dienstverhältnisse	4	Kn			
—, Abfindung wegen Auflösung	5	Bn			
Direktionsrecht, Mißbrauch des —	16	243			
Direktversicherung, sozialversicherungsrechtliche Behandlung von —	5	73			
Disziplinarrecht	24	Bü			
Divergenzrevision, Zulässigkeit einer —	9	135			
	22	344			
Doppelbesteuerungsabkommen	10	Bü			

	Heft	Seite		Heft	Seite
J					
Jahresabschlußprüfung, Rückstellung für —	8	Kn	Konkursantrag eines Sozialleistungsträgers, vorbeugen- der Rechtsschutz gegen befürchteten —	10	157
Jahresarbeitsverdienstgrenze, Überschreitung der — . . .	5	72	Konkursausfallgeld	15	235 236
Jahressondervergütung in der Ziegelindustrie, Zulage zur Berechnung der —	6	86	Konkursausfallgeld-Umlage	19	300
Jahresurlaub, Versorgungsschutz bei einem Unfall wäh- rend des —	2	24	Konkursausfallversicherung	19	300
Jugendarbeitslosigkeit, Forderung nach Maßnahmen gegen die —	12	Kn	Konkureröffnung, rückständiges Arbeitsentgelt	15	235
Jugendarbeitsschutzgesetz	8	Bü	Konkursverwalter, Form- und Fristvorschriften bei einer Kündigung durch den —	10	151
Juristentag, Abteilung Arbeitsrecht	19	Kn	Konkursvorrecht für die Forderung der Bundesanstalt auf rückständige Winterbau-Umlage und Nebenforde- rungen	19	299
K					
Kampfkündigungen, Anhörung des Betriebsrats bei — . . .	20	307	Körperbehinderte, Fahrten zwischen Wohnung und Ar- beitsstätte —, tatsächliche Aufwendungen	10 11	159 Kn
Kantinenmahlzeit, Sachbezugswert	9	Kn	Körperschaftsteuer	2	Bü
Kapitalanlagen	10	Bü	—, Vorauszahlungen bei Berlin-Darlehen	3 6 11	Bü Bü Bü
Kapitalgesellschaft	14	Bü	—, Körperschaftsteuer	5	Bn
Kapitalverkehrsteuergesetz	5	Kn	Körperschaftsteuergesetz	21	Bü
Karitative Einrichtungen	9	Bü	Körperschaftsteuerpflichtige, Einkommen bei —	2	31
—, Gewerkschaftswerbung im Betrieb, insbesondere bei Kirchen und ihren karitativen Einrichtungen	15	230	Körperschaftsteuerrecht	10	Bü
Kassenarztrecht	15	231	Kostenordnung	7	Bü
—, Arzneikostenregreß	7	Bü	Krankenbesuchsfahrten	5	Kn
—, ärztliche Behandlung als Sachleistung	12	189	Krankengeld, Berücksichtigung von nachträglichen Lohnerhöhungen beim —	10	154
—, Berücksichtigung von Praxisbesonderheiten	21	331	— durch mißglückten Arbeitsversuch, Minderung des —	15	237
—, Ermittlung der unwirtschaftlichen Mehrkosten	20	315	—, Spitzbetrag neben dem geringeren Übergangsgeld aus der Unfallversicherung, Anspruch auf —	10	155
—, Mitgliedschaftsstreit zwischen AOK und Ersatz- kasse	20	315	— während Heilverfahrens, Übergangsgeld und höhe- res —	6	93
Kassenpraxis	4	60	Krankengeldzahlungen bei Änderung der Leistungs- bemessungsgrenze	6	93
Kassenzahnarztrecht	5	74	Krankenhausbereich, Finanzhilfen des Bundes im — . . .	21	Kn
Kassenzulassung eines Zahnarztes, Entziehung der — . . .	7	Bü	Krankenkasse	4	61
Kinderarbeit	5	73	—, Mitwirkungspflichten des Versicherten zwecks Durchsetzung der Ersatzansprüche der —	10	155
Kindergeld	16	Kn	Krankenkassen-Leistung, Hilfsmittel in gebrauchsferti- gem Zustand	20	316
—, angemessener Unterhalt, individueller Freibetrag	13	205	Krankenversicherung	10	155
—, Berufsausbildungsbeihilfe	15	235	—, Arbeitgeberzuschuß zur —	23	363
—, öffentlich-rechtliche Leistung	14	223	—, Aufwendungen für eine Führungsperson	10	156
—, Schadensersatzpflicht des Arbeitgebers bei schuld- hafter Auszahlung des — an bereits ausgeschie- dene ausländische Arbeitnehmer	14	224	—, Beiträge für freiwillige Mitglieder in der gesetz- lichen —	20	316
—, vergleichbare ausländische Leistungen	14	224	—, Blindenschrift-Schreibmaschine kein Hilfsmittel im Sinne der —	14	217
Kindergeldanspruch	9	142	— der Landwirte, Krankenkasse	15	237
Kindergeldzahlung über das 27. Lebensjahr hinaus bei Verzögerung der Ausbildung, Verlängerung der —	15	235	— Familienhilfe	4	60
Kinderzulagen	9	142	—, Formalmemberschaft	20	316
Kinderzuschläge für Bundesbedienstete	15	235	—, freiwilliger Arbeitgeberzuschuß	21	332
—, tarifliche Regelung von —	10	153	—, Geldentschädigung bei ständiger Bedienung des Heimdialysegerätes durch Ehefrau	10	155
Kinderzuschüsse	6	86	—, Haushaltsführung während Krankenhausaufent- halt der Ehefrau und Mutter, Erstattung der Un- kosten für Ersatzkraft	6	94
Kirchen und karitative Einrichtungen, Gewerkschafts- werbung im Betrieb, insbesondere bei —	15	235	—, Heimunterbringung	21	331
Kirchensteuer	2	Bü	—, Impfschäden	1	12
Kirchensteuerabzug 1978	5	Kn	—, Kraftfahrzeug-Zusatzgeräte kein Hilfsmittel im Sinne der —	15	237
Klage auf Feststellung	2	29	—, Krankengeld bei Bezug von Arbeitslosengeld	21	331
Klagerhebung	9	135	—, Personenkreis	13	200
Klagerücknahme im Revisionsverfahren nach der FGO	2	25	—, Notfalldienst	1	12
Knappschaft, Abstufung	20	320	—, private Auslandsversicherungen und gesetzliche	4	54
—, Arbeitsförderung	2	28	—, Reisekosten	21	331
—, erzwungener Berufswechsel	2	28	—, Reisekosten für Begleitperson, Erstattung der —	10	155
Knappschaftliche Rentenversicherung	5	75	—, Schonkost-Mehraufwendungen	20	316
—, Anrechnung von Unterhaltsansprüchen	2	27	—, selbstverantwortliche Eigenleistung der Familie, kein Entgelt an Ehefrau bei Hilfeleistung für Heimdialyse	6	94
—, Beitragspflicht zur landwirtschaftlichen Alters- kasse	5	75	—, studentische	7	107
—, Beitrittsrecht der Ehefrau	2	27	—, Verlegung des Gewerbebetriebes	20	316
—, Landwirte	5	75	—, Verlust der Mitgliedschaft	20	316
—, wirtschaftliche Gleichwertigkeit	5	75	—, Versicherungspflicht	4	60
Knappschaftsrentner, Beitragszuschuß für —	2	27	—, Wirtschaftlichkeit der kassenärztlichen Versor- gung	13	200
Knappschaftsversicherung, Arbeitsentwöhnung?	22	347	Krankenversicherung der Rentner	20	314
—, Aufgabe der Hauerstätigkeit	22	346	— ab 1. Juli 1978, Versicherungspflicht in der —	13	200
—, Aufgabe der sehr kurzen Hauerstätigkeit aus ge- sundheitlichen Gründen und Anspruch auf Berg- mannsrente	9	140	—, Beitragszuschuß zur Rentner-Krankenversicherung bei Pflichtversicherung in Mexiko	10	156
—, Kinderzuschüsse	22	346	Krankenversicherungsbeiträge, Zahlung von —	16	249
Konjunkturbelebung, Investitionszulage	4	64	Krankenversicherungspflicht, Befreiung von der —	24	378
Konjunktur-Investitionszulage	9	Bü	Krankenversicherungspflichtgrenze aus Vermietung und Verpachtung	21	332
Konkurs	19	Bü	Krankenversorgung, Studenten	16	Bü
—, Abfindungen bei Betriebsstillegungen im —	5	67	Krankheit in der neueren Rechtsprechung, Kündigung wegen —	15	225
—, Abfindungen in Sozialplänen im —	1	7	—, Sozialversicherungsschutz bei — des Arbeitneh- mers vor der ersten Arbeitsaufnahme	5	68
—, des Arbeitgebers im Hinblick auf eine unverfall- bare Versorgungsanwartschaft, Ansprüche des Ar- beitnehmers im —	19	293			
—, Urlaubsentgelt im —	2	20			

	Heft	Seite		Heft	Seite
—, Dienst bei der Landespolizei (1935) keine Ersatzzeit	17	268	—, Vorhandensein geeigneter Arbeitsplätze bei vollschichtiger Tätigkeit	11	173
—, Einstufung	4	58	—, Witwenrente	23	366
—, Eintragung von voraussehbaren Änderungen in die Entgeltbescheinigung durch Arbeitgeber	11	174	—, Witwenrente griechischer Staatsangehöriger	23	365
—, Ersatzzeit	4	58	—, zumutbare Verweisungstätigkeiten für (angelernten) Facharbeiter	17	269
	8	126	—, Zusammenrechnung von deutschen, jugoslawischen und österreichischen Versicherungszeiten	8	124
—, Fernunterrichtslehrgang	2	26	—, Zuschüsse zur Anschaffung eines Kraftfahrzeugs von zwei Leistungsträgern	8	126
—, flexibles Altersruhegeld	12	191	—, Zuschüsse zur Beschaffung eines Pkw	23	367
	23	367			
—, freiwillige Versicherung	4	57	Rentenzahlung an Ausländer im Ausland, ausländische Arbeitnehmer	5	75
—, maßgebliche Höhe des Arbeitseinkommens	12	191	— bei betrieblicher Versorgungsrente	5	Kn
—, medizinische Rehabilitation	12	191	—, Ruhen der —	2	25
—, Nachentrichtung	13	Kn	Rentner, Krankenversicherung der —	20	314
—, Nachentrichtung freiwilliger Beiträge	12	190	Rentner-Krankenversicherung bei Pflichtversicherung in Mexiko, auf Beitragszuschuß zur —	10	156
—, Nachversicherung	4	57	— bei Renten, keine kostenlose —	7	107
—, Referendarausbildung	23	367	Revision im Urteil des SG enthält zugleich Zulassung der Berufung, Sprung-	6	93
—, Rücknahme des Nachentrichtungsantrags	12	191	Revisionsverfahren in Kündigungssachen, Beschränkung der —	8	114
—, Rückzahlung von Beiträgen nach Gewährung einer Regelleistung	11	174	Rückgruppierungen durch Änderungskündigung, Personalrat	13	198
—, Schulausbildung	12	191	Rückstellung für Jahresabschlußprüfung	8	Kn
—, selbständige Erwerbstätigkeit	12	191	Rückwirkende tarifliche Lohnerhöhung und Berechnung des Unterhaltsgeldes, Arbeitsförderung	9	141
—, Teilzeitarbeitsmarkt für kaufmännische Angestellte	9	140	Runderlaß 230/78 der BA	24	369
—, Übergangsgeld	23	367	Rundfunkanstalt, Musikbearbeiter als freier Mitarbeiter einer —	8	121
—, Unterbrechung	2	27			
—, Verfügbarkeit	11	174	S		
—, Verpflichtung des Versicherungsträgers zur Belehrung und Unterrichtung	23	367	Sachbezugsverordnung 1978	3	39
—, Versicherungsfreiheit, Betriebsfortführung	5	75	Sachbezugswerte, Kantinenmahlzeit	9	Kn
—, Versicherungspflicht eines Tennislehrers	2	26	—, Weihnachtspäckchen	23	368
—, Versicherungspflicht von freipraktizierenden Ärzten	5	75	Sachzuwendungen, umsatzsteuerliche Behandlung von — und sonstige Leistungen an Arbeitnehmer, umsatzsteuerliche Behandlung von —	8	128
—, verstärkter Grenzaufsichtsdienst kein militärähnlicher Dienst	11	174	Schichtzulagen	4	53
—, Witwenrente	5	75	Schlechtwettergeld	4	60
	17	267	Schlechtwettergeldanzeige, unverzügliche Erstattung der —	9	142
—, Witwenrente	2	26	Schlechtwettergeldleistungen, Rückforderung von —	2	28
	4	59	Schulung für die Betriebsratsarbeit	5	66
—, Zulassung zur Pflichtversicherung	12	190	Schulungskosten, wegen Erstattung von —	2	21
—, Zuschüsse durch BfA	12	190	Schulungs- und Bildungsveranstaltungen, Betriebsratsmitglieder auf Vergütung der Reisezeit zu —	5	67
—, Zuschußpflicht der BfA	12	191	Schwarzarbeit	21	Kn
Rentenversicherung der Arbeiter	2	Bü	Schwerbehinderte, Altersgrenze für — herabgesetzt	18	Kn
—, Abfindung des Witwenrentenanspruchs nur bei der ersten Wiederverheiratung	8	124	—, Anrechnung des vorgezogenen Altersruhegeldes	20	310
—, Angabe von zumutbaren Tätigkeiten	20	318	—, Beschaffung von Arbeitsplätzen für —	3	Kn
—, Anspruch auf Kinderzuschuß	12	189	— in den Ruhestand, Zustimmung der Hauptfürsorgestelle bei Versetzung eines —	15	230
—, Anspruch auf Witwenrente nach Übersiedlung aus der DDR	17	268	—, Kündigung eines —	20	310
—, Anspruch auf Witwenrente, letzter wirtschaftlicher Dauerzustand	8	124	—, Kündigungsschutz	8	120
—, Aufrechnung mit rückständigen Beitragsforderungen bis zur Hälfte des Altersruhegeldes	16	253	—, Sonderprogramm für —	18	288
—, Aufrundung von Versicherungszeiten, EWG-Umrechnungsvorschriften und nationales Recht	8	124	—, unentgeltliche Beförderung	12	Kn
—, Ausschluß vom im Ausland lebenden Ausländern vom Recht der freiwilligen Weiterversicherung	17	269	—, Verfahrensart für gerichtliche Geltendmachung des Ersatzes von Schulungskosten für Vertrauensmann der —	9	135
—, Berufsförderungsmaßnahmen	11	173	— vor der behördlichen Feststellung der Schwerbehinderteneigenschaft, Kündigungsschutz für —	15	230
—, Berufsunfähigkeit	2	27	Schwerbehinderteneigenschaft, Anträge auf Feststellung	18	Kn
—, Berufsunfähigkeit eines selbständigen Handwerksmeisters	2	27	Schwerbehindertengesetz und ärztliche Begutachtung	14	Kn
—, Betreuungspflicht des Versicherungsträgers	23	365	Schwerbehindertenprogramm, zweites —	17	Kn
—, Dienstzeiten in der Volkspolizei an fiktive Beitragszeiten	8	124	Schwerbehindertenrecht, Probezeit und Kündigungsfristen —	11	167
—, Dreistufenschema	16	253	Schwerbeschädigte Hausfrau, Berufsschadensausgleich für —	5	76
—, erfolgreiche Durchführung von Berufsförderungsmaßnahmen und Rentenentziehung	7	110	—, Kündigungsschutzprozeß	8	115
—, Ersatzzeiten wegen Verschleppung	17	268	624-DM-Gesetz	21	Kn
—, fehlende Mitwirkung	17	269	Silikose, Vermutung des ursächlichen Zusammenhangs zwischen Todeseintritt und Berufskrankheit	11	172
—, fehlerhafte Auskunft des Versicherungsträgers und Erhebung der Verjährungseinrede	7	111	Soldatenversorgung	14	222
—, Gewährung einer Zusatzrente für Grenzgänger in Berlin	17	269	—, Pflegezulage	13	205
—, griechischer Staatsangehöriger	23	365	—, Versorgungsschutz	14	222
—, Grundsätze zur Verweisbarkeit eines gelernten Facharbeiters	7	110	—, Wachdienst eines Angehörigen der Waffen-SS	13	206
—, keine Rentenzahlung während Aufenthaltes in der DDR	20	318	Sonderausgaben, Arbeitgeberbeiträge	13	207
—, Kette von Ausfall- oder Ersatzzeitbeständen	11	173	—, Bausparbeiträge	4	64
—, Kindergeld	8	124	—, Besuch einer Fachhochschule	23	368
—, Krankengeld	23	366	—, Spenden	20	320
—, Kumulierung von Rehabilitationsleistungen	23	367	Sonderurlaub	22	Bü
—, Leibrentenanspruch als Unterhaltsanspruch	17	268			
—, letzter wirtschaftlicher Dauerzustand	17	268			
—, Maßnahmen der Berufsförderung	17	269			
—, Mitwirkung des Standesbeamten als unbedingtes Formerfordernis der Eheschließung im Inland	11	173			
—, Mitwirkungspflichten	23	366			
—, Rentenanspruch bei Weiterzahlung des Facharbeiterlohns trotz Leistungshinderung	16	253			
—, Rentenentziehung, Erlangung eines zumutbaren Arbeitsplatzes als Änderung in den Verhältnissen	16	253			
—, Rentenherabsetzung zuungunsten des Versicherten	20	318			
—, Rückerstattungsanspruch	23	366			
—, Schonungszeit im Anschluß an eine stationäre Heilbehandlung	23	365			
—, sozialrechtlicher Schadensersatzanspruch	23	365			
—, Tätigkeiten im eigenen Haushalt	8	124			
—, Übergangsgeld	23	366			
—, und der Angestellten, Beitragsrecht	23	363			
—, Unterschriftserfordernis unter Bescheiden des Rentenversicherungsträgers	11	173			
—, Versicherungsfreiheit von Handwerkern, keine Antragspflichtversicherung zwecks (Nach-)Zahlung von freiwilligen Beiträgen	16	253			
—, Verweisbarkeit eines Facharbeiters nach erfolgreicher Umschulung	16	253			
—, Verweisbarkeit eines gelernten Dachdeckers	7	110			
—, Vorarbeiter mit Vorgesetztenfunktionen	16	253			

	Heft	Seite		Heft	Seite
Sonntagsarbeit, Zuschläge für —	20	319	Steuerpflicht der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nacharbeit	20	319
Sozialbeirat zu den Rentenplänen 1978, keine Einigung im —	8	Kn	Steuerpräferenzen	9	Bü
Soziale Auswahl, Leistungsgesichtspunkte bei der —	4	49	Steuerrecht	4	Bü
Soziales	6	Bü	—, Bescheinigung nach § 14 b BerlinFG	9	Bü
Sozialgerichtsgesetz	5	Bü	—, Lebensversicherungen	1	Bn
Sozialgerichtsverfahren, Anerkenntnis des Beklagten	4	59	—, Sparbeiträge bei Arbeitslosigkeit	2	30
—, Beibringung der Zustimmungserklärung des Gegners zur Sprungrevision	15	237	—, Überlassung von Fahrzeugen	1	Bn
—, Berichtigung von offenbaren Unrichtigkeiten im vorinstanzlichen Urteil	15	237	—, vermögenswirksame Lebensversicherungsverträge	2	30
—, bestimmte Anträge in der Revisionsbegründung	4	59	Steuerrechtsprechung	6	Bü
—, Ersatzzustellung	4	59	—, 8	8	Bü
—, Gegenstandswerte	4	59	Steuerstrafrecht	17	Bü
—, notwendige Beiladung	4	60	Steuerverfehlungen	3	Bü
—, Rechtsmittelbelehrung	4	59	—, 6	6	Bü
—, unrichtige Angabe der Hausnummer des Gerichtsgebäudes in der Rechtsmittelbelehrung	15	237	—, 20	20	Bü
—, Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	15	237	Strafbestimmung beim Datenschutz	7	101
—, Witwenrente für abgelaufenen Zeitraum	15	237	Streik	23	Bü
Sozialgesetzbuch	2	Bü	Streitwert bei Eingruppierungsrechtsstreitigkeiten	2	21
—, 3	3	Bü	Studentische Krankenversicherung	7	107
—, 14	14	Bü	SV-Beiträge, unterlassene Abführung	13	207
—, 16	16	Bü			
Sozialgesetzbuch SGB X (Verfahren)	12	Kn	T		
Sozialleistungsträger, vorbeugender Rechtsschutz gegen befürchteten Konkursantrag eines —	10	157	Tantiemenanspruch eines Arbeitnehmers	19	294
Sozialpläne im Konkurs, Abfindungen	1	7	Tarifliche Ausschußfristen	4	52
— nach dem Betriebsverfassungsgesetz, Rückstellungen für —	10	Bn	— Ausschußfristen für Ansprüche eines Arbeitnehmers gegen einen Arbeitskollegen	4	52
Sozialplanpflichtigkeit	18	280	—, Regelung von Kinderzuschlägen	6	86
Sozialrecht	14	Bü	—, Sonderzuwendung „bei Krankheit während des ganzen Kalenderjahres“	16	244
—, 17	17	Bü	Tarifliches Urlaubsgeld für Auszubildende	6	85
Sozialversicherung	1	9	Tarifrecht, Altersgrenze für Arbeitsverhältnis	4	52
— ausländischer Arbeitnehmer	15	Bü	—, Ausgleichsbetrag für nicht gewährten Landgang eines Seemanns	10	153
—, Datenschutz im Personalwesen der —	19	Kn	—, Erstattungsanspruch	10	152
—, freiwillige Beiträge	6	86	—, Zulässigkeit einer tariflichen Verweisung auf Regelungen über Kinderzuschläge für Bundesbedienstete	10	153
—, österreichische	11	Kn	Tarifurlaub bei hohen Fehlzeiten, Kürzung des —	8	122
— zum 1. Januar 1979, Änderungen im Beitragsrecht der — (Schluß)	4	53	— zum Zweck der Haushaltsführung, Haushaltshilfe bei Möglichkeit der Inanspruchnahme von —	9	138
Sozialversicherungsbeiträge durch den Arbeitnehmer, Erstattung vom Arbeitgeber abgeführt —	9	136	Tarifverträge, bessere Arbeitsbedingungen durch —	19	Kn
— für Gewinnanteile	10	156	— für arbeitnehmerähnliche Personen	16	245
— nach dem tatsächlich zugeflossenen Arbeitsentgelt, Berechnung der —	16	250	— für Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats, zur Sperrwirkung eines nachwirkenden —	6	85
Sozialversicherungspflicht, Beschäftigte in Behindertenwerkstätten	20	317	— über Rationalisierungsschutz	17	262
Sozialversicherungsrechtliche Behandlung, Direktversicherung	5	73	— vereinbart, Bildungsurlaub für Arbeitnehmer bereits in mehr als 200 —	7	Kn
Sozialversicherungsschutz bei Erkrankung des Arbeitnehmers vor der ersten Arbeitsaufnahme	5	68	—, verfassungsrechtliche Grundlagen der Allgemeinverbindlicherklärung von —	23	353
Sozialversicherungsträger, Maßnahmen zur Gefahrabwendung	16	249	Tarifvertragssystem	9	131
—, obliegende Geheimhaltungspflicht bei Interessenkollisionen, Durchbrechung der den —	16	248	Tatsächliche Beschäftigung, Anspruch des Arbeitnehmers auf —	7	101
—, Schweigepflicht	16	248	—, 10	10	149
Sparförderung, vorzeitige Vergütung bei Arbeitslosigkeit	2	29	Telefongespräche als Werbungskosten, private	11	Kn
Sperrzeit, Arbeitsförderungsgesetz	7	106	Treuhänder	10	Bü
Spielbankabgabe	10	Bn	Treuhand-Erlaß	19	Bn
			Treuhandwesen	11	Bü
St			U		
Staatshaftungsrecht	17	Bü	Überbrückungsgeld	15	236
Statusklage, Feststellung, daß ein Arbeitsverhältnis besteht, Zulässigkeit einer —	9	135	Übergangsgeld	16	249
Stechkarte, fristlose Entlassung wegen unberechtigten Mitstempeln einer —	7	98	—, Berücksichtigung des Lohnsteuer-Jahresausgleichs bei der Berechnung des —	2	28
Steuerberater	9	Bü	— für selbständigen Handelsvertreter	19	301
—, 10	10	Bü	Umlage der Versicherungsträger	5	72
Steuerdienst	4	Bü	Umsatzbesteuerung	4	Kn
Steuerentlastung und Investitionsförderung, Gesetz zur —	1	14	Umsatzsteuer	2	Bü
Steuerermäßigung, Lohnsteuerverfahren	22	352	—, 8	8	126
— wegen außergewöhnlicher Belastung	22	349	—, 9	9	Bü
Steuerklasse	13	Bü	—, 12	12	Bü
Steuerfreie Einnahmen, Jubiläumszuwendungen	10	159	—, 5	5	Bn
Steuergesetze	5	Bü	— bei Sachzuwendungen	8	126
Steuerhinterziehung	24	Bü	—, gleichzeitiger Wechsel aller Gesellschafter bei Kapital- und Personengesellschaften	8	126
Steuerklasse für berufstätige Ehepaare	2	Kn	—, Vermittlungsleistungen oder Eigenhandel beim Verkauf von gebrauchten Kraftfahrzeugen	8	127
Steuerklassenwahl für Arbeitnehmer-Ehegatten	6	94	— vom 1. Januar 1978 an, Erhöhung der —	5	Bn
Steuerlexikon	9	Bü	Umsatzsteuererhöhung auf die Steuer und Entgeltberechnung, Auswirkungen der —	5	Bn
Steuern, Abtretung, Verpfändung und Pfändung, Erstattung und Vergütung von —	4	61	Umsatzsteuergesetz	5	Bü
			—, 8	8	Bü
			—, 14	14	Bü
			Umsatzsteuerliche Behandlung der Zuschüsse nach dem Zweiten und Dritten Verstromungsgesetz	6	96
			— von Sachzuwendungen und sonstige Leistungen an Arbeitnehmer	6	95
			Unbefugtes Verlassen der Arbeit und Kündigung	19	290

	Heft	Seite		Heft	Seite
Unfall, alkoholbedingter Leistungsabfall als Ursache des —	11	171	—, Beschlußverfahren zur Frage der Selbständigkeit von zwei Betrieben	21	328
— auf dem Weg zur Bank	11	Kn	—, Betriebsrat	2	21
— bei betrieblicher Tätigkeit	15	233	—, Eingruppierungsrechtsstreitigkeiten	2	21
— während des Jahresurlaubs, Versorgungsschutz bei einem —	2	24	—, Einspruch gegen ein Versäumnisurteil	21	328
Unfallentschädigung bei Überfall auf dem Heimweg aus persönlichen Motiven	11	172	—, Familienkrankenhilfe und Unternehmereigenschaft	6	93
Unfallrente bei altersbedingtem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben, keine Herabsetzung der —	16	250	—, Klagerücknahme	21	334
—, Verjährung	20	317	—, Nebeneinander von Widerspruchsverfahren und Klage	6	93
—, Zwang zum Berufswechsel, Gleichwertigkeit der neuen Tätigkeit	7	110	—, Nichtzulassungsbeschwerde	21	333
Unfallschaden als Werbungskosten	6	Kn	—, Prozeßunfähigkeit	21	334
Unfallschutz bei gemischten Tätigkeiten oder gemischten Wegen	11	171	—, Rechtsmittelbelehrung	13	206
— und Unterbrechung des Schulweges, Schüler	11	171	—, Revision bei offensichtlich falsch festgesetztem Streitwert	21	328
Unfallversicherung	20	317	—, Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist	21	328
—, alkoholbedingte (relative) Verkehrsuntüchtigkeit	22	345	—, Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör bei Verweigerung der Überlassung der Gerichtsakten in das Rechtsanwaltsbüro	6	92
—, Anhörung des Betroffenen vor (niedrigerer) Erstfeststellung der Dauerrente	16	252	—, Versagung des rechtlichen Gehörs und Revisionszulassung	21	334
—, Arbeitsschutz	12	187	—, Wiedereinsetzung § 67 Abs. 1 SGG	21	333
—, Arbeitsunfall während eines Klinikaufenthaltes	22	348	—, Zeugenvernehmung	2	21
—, ASiG	12	188	— zu den Anträgen auf Zustimmung zur außerordentlichen Kündigung eines Betriebsratsmitglieds	21	328
— auf dem Weg von der Wohnung der Schwiegereltern zur eigenen Wohnung	16	252	Verfassung und Aussperrung	22	337
—, Begleitung eines Kindes zum Zahnarzt als landwirtschaftliche Haushaltstätigkeit	16	252	Vergütung für höherwertige Tätigkeit als im Arbeitsvertrag vereinbart	16	246
—, Blutalkoholkonzentration	20	317	Verhaltensbedingte Kündigungen, Abfindung bei Personen- und —	18	280
—, Einbau eines Treppenlifts	21	333	Verjährung, Unfallrente	20	317
—, Ersatz eines Sachschadens	1	12	Verkehrsteuern	9	Bü
—, Familienwohnung	5	74	Verkehrsunfallkosten bei Verstoß gegen die Verkehrs Vorschriften	9	Kn
—, Gelegenheitsursache	16	251	Verletztenrente, Zeitpunkt des Wiederauflebens der —	7	110
—, gesetzliche	22	345	Verletzung von Arbeitskollegen, Haftungsausschluß bei —	19	292
—, Hauterkrankung, Berufsaufgabe	5	74	Vermietung und Verpachtung, Einkünfte aus —	21	332
—, Holen der Zahnprothese	5	74	Vermittlungschancen	22	Kn
—, Jahresarbeitsverdienst	1	13	Vermögensteuer	8	126
—, kein Anspruch auf wiederaufgelebte Witwenrente nach Wiederverheiratung in Oberschlesien	16	252	—, Vorauszahlungen	8	126
—, Recht der Europäischen Gemeinschaften	22	349	Vermögenssteuergesetz	13	Bü
—, Schulweg	1	13	Vermögenssteuer-Praxis	9	Bü
—, Weg zur Arbeitsstätte	1	13	Vermögenswirksame Leistungen in der Bekleidungsindustrie bei Kurzarbeit, Anspruch auf —	10	152
—, Wegeunfall	2	Kn	Verpfändung und Pfändung, Erstattung und Vergütung von Steuern, Abtretung	4	61
—, zufälliges Zusammentreffen von Heimweg und privater Verletzung	16	251	Verschwiegenheitspflicht in Formulararbeitsverträgen	21	322
—, Zusammenwirken der Träger der —	12	187	Versicherungsbedingungen, Aushändigung	9	Kn
Unfallversicherungsschutz auf dem Weg von der Wohnung der Schwiegermutter	20	317	Versicherungsfreiheit, Betriebsfortführung	5	75
— auf dem Wege zur Werkambulanz zwecks Behandlung eines unfallunabhängigen Leidens	7	108	— von geringfügigen Beschäftigten	2	22
—, Bau eines Familienheims, Bauarbeiten im Rahmen der Selbsthilfe	7	109	Versicherungspflicht	12	189
— beim Bäumebeschneiden im Schrebergarten (Kleingarten)	7	109	— bei Aushilfsarbeiten	22	Kn
—, Gassi-Gehen des Vermieters mit dem Hund seines Mieters	11	172	— eines Rehabilitanden zur gesetzlichen RV und KV	10	156
—, Rückfahrt von einem Besuch der Verlobten ohne —	7	109	— in der Krankenversicherung der Rentner ab 1. Juli 1978	13	200
—, Verletztenrente	7	110	—, Krankenversicherung	13	204
—, Zwang zum Berufswechsel, Gleichwertigkeit der neuen Tätigkeit	7	110	—, Personenkreis	13	200
Unterhaltsgeld, Abbruch einer Maßnahme der beruflichen Bildung aus wichtigem Grund und Rückforderung von —	9	141	— von freipraktizierenden Ärzten	5	75
—, Arbeitsförderung	7	105	Versicherungspflichtgrenze der Krankenversicherung	24	377
Unterhaltszahlungen von Gastarbeitern an Angehörige im Ausland	21	334	Versicherungsrechtliche Beurteilung ausländischer Studenten	5	72
Unternehmenseigentum und Mitbestimmungsgesetz	9	132	— Einzelfragen, aktuelle —	5	72
Unternehmenspolitik, Mitbestimmung	4	Bü	Versicherungsschutz bei einem Gefälligkeitsdienst auf Grund verwandtschaftlicher Beziehungen	16	251
Unternehmenssteuerrecht	12	Bü	Versicherungsträger, Umlage der —	5	72
Unternehmensverfassung	17	Bü	Versorgungsanwartschaften bei wirtschaftlicher Notlage des Unternehmens, Kürzung von —	15	228
Unternehmensbewertung	9	Bü	—, Konkursvorrang von —	15	229
Unzulässigkeit der Berufung	15	237	—, Unverfallbarkeit von —	3	37
Urlaub, Fälligkeitstermin	21	324	Versorgungsberechtigte, Wartezeiten	3	36
—, Übertragung nicht verbrachten —	21	324	Versorgungsfall, vorzeitiges Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis	3	37
—, Urlaubszeitraum	21	324	Versorgungsleistungen einer Unterstützungskasse, Widerruf von —	15	228
Urlaubsanspruch wegen Rechtsmißbrauchs, Wegfall des —	4	53	—, Kürzung oder Einstellung von —	4	51
Urlaubsentgelt im Konkurs	2	20	—, Verlust des Arbeitsplatzes ohne verständigen Grund, zeitliche Begrenzung der Einbuße an —	6	91
—, Lohnzuschläge bei der Berechnung des —	2	20	Versorgungsregelungen, Gleichbehandlungsgrundsatz	15	229
Urlaubsgeld für Auszubildende, tarifliches —	6	85	Versorgungsrente, Rentenzahlungen bei betrieblicher	5	Kn
Urlaubsrecht	12	186	Versorgungsschutz bei der Mitfahrt mit einem absolut fahruntüchtigen Kameraden	6	92
			— bei der Reinigung und Explosion einer Feldflasche im häuslichen Bereich	6	92
			— bei einem Unfall während des Jahresurlaubs	2	24
			—, Soldatenversorgung	14	222
			—, Wegeunfall	14	222

V

II. Rechtsprechungsverzeichnis

	Heft	Seite		Heft	Seite
1. Bundesarbeitsgericht			Urteil v. 20. 7. 1977 — 5 AZR 658/76	2	19
			Urteil v. 21. 7. 1977 — 3 AZR 189/76	9	136
2. Bundessozialgericht			Urteil v. 21. 7. 1977 — 3 AZR 703/75	7	103
			Urteil v. 27. 7. 1977 — 5 AZR 318/76	8	122
3. Bundesfinanzhof			Urteil v. 27. 7. 1977 — 5 AZR 337/76	7	103
1. Bundesarbeitsgericht			Urteil v. 27. 7. 1977 — 5 AZR 350/76	2	21
Urteil v. 20. 1. 1977 — 3 AZR 523/75	1	7	Urteil v. 10. 8. 1977 — 5 AZR 394/76	7	103
Urteil v. 9. 2. 1977 — 5 AZR 2/76	2	18	Beschl. v. 16. 8. 1977 — 1 ABR 49/76	9	135
Urteil v. 14. 2. 1977 — 1 AZR 76/76	22	343	Urteil v. 16. 8. 1977 — 5 AZR 273/76	4	53
Urteil v. 23. 2. 1977 — 3 AZR 149/76	1	7	Urteil v. 16. 8. 1977 — 5 AZR 290/76	7	104
Urteil v. 24. 3. 1977 — 2 AZR 289/76	5	65	Urteil v. 16. 8. 1977 — 5 AZR 436/76	8	122
Beschl. v. 29. 3. 1977 — 1 ABR 124/74	1	6	Beschl. v. 18. 8. 1977 — 2 ABR 19/77	8	123
Urteil v. 6. 4. 1977 — 4 AZR 721/75	2	19	Beschl. v. 24. 8. 1977 — 3 AZR 99/77	9	135
Urteil v. 21. 4. 1977 — 2 AZR 125/76	4	52	Urteil v. 13. 9. 1977 — 1 ABR 67/75	5	67
Urteil v. 27. 4. 1977 — 5 AZR 129/76	1	7	Beschl. v. 13. 9. 1977 — 1 ABR 67/75	9	135
Urteil v. 28. 4. 1977 — 3 AZR 300/76	4	51	Urteil v. 15. 9. 1977 — 3 AZR 410/76	9	135
Urteil v. 4. 5. 1977 — 4 AZR 10/76	2	19	Urteil v. 15. 9. 1977 — 3 AZR 654/76	3	37
Urteil v. 4. 5. 1977 — 4 AZR 755/75	2	21	Urteil v. 21. 9. 1977 — 5 AZR 220/76	6	85
Urteil v. 4. 5. 1977 — 4 AZR 755/75	2	22	Urteil v. 21. 9. 1977 — 5 AZR 373/76	8	121
Urteil v. 4. 5. 1977 — 4 AZR 755/75	4	53	Urteil v. 28. 9. 1977 — 5 AZR 303/76	7	104
Urteil v. 4. 5. 1977 — 5 AZR 151/76	2	20	Urteil v. 28. 9. 1977 — 4 AZR 446/76	10	153
Urteil v. 4. 5. 1977 — 5 AZR 187/76	4	52	Urteil v. 28. 9. 1977 — 4 AZR 446/76	12	184
Beschl. v. 5. 5. 1977 — 3 ABR 24/76	5	65	Urteil v. 28. 9. 1977 — 4 AZR 743/76	6	86
Beschl. v. 5. 5. 1977 — 3 ABR 34/76	4	51	Urteil v. 28. 9. 1977 — 5 AZR 838/76	6	86
Urteil v. 5. 5. 1977 — 2 AZR 297/76	9	134	Beschl. v. 4. 10. 1977 — 1 ABR 37/77	11	169
Urteil v. 6. 5. 1977 — 2 AZR 148/76	2	21	Urteil v. 12. 10. 1977 — 5 AZR 443/76	9	136
Urteil v. 18. 5. 1977 — 3 AZR 263/76	1	7	Urteil v. 13. 10. 1977 — 2 AZR 387/76	13	198
Urteil v. 18. 5. 1977 — 3 AZR 371/76	4	51	Beschl. v. 18. 10. 1977 — 1 ABR 2/75	9	135
Beschl. v. 25. 5. 1977 — 5 AZR 96/76 — 5 AZR 743/75	1	7	Urteil v. 19. 10. 1977 — 5 AZR 293/76	9	136
Urteil v. 26. 5. 1977 — 2 AZR 135/76	5	65	Urteil v. 19. 10. 1977 — 5 AZR 359/76	10	151
Urteil v. 26. 5. 1977 — 2 AZR 201/76	6	84	Beschl. v. 19. 10. 1977 — 5 AZR 742/77	9	135
Urteil v. 26. 5. 1977 — 2 AZR 201/76	8	122	Urteil v. 20. 10. 1977 — 2 AZR 688/76	12	184
Urteil v. 26. 5. 1977 — 2 AZR 632/76	8	123	Urteil v. 20. 10. 1977 — 2 AZR 688/76	15	230
Urteil v. 26. 5. 1977 — 2 AZR 632/76	7	101	Urteil v. 20. 10. 1977 — 2 AZR 770/76	15	230
Beschl. v. 7. 6. 1977 — 5 AZR 160/77	2	21	Urteil v. 25. 10. 1977 — 1 AZR 452/74	6	85
Urteil v. 8. 6. 1977 — 5 AZR 97/76	2	20	Urteil v. 3. 11. 1977 — 2 AZR 277/76	13	198
Beschl. v. 14. 6. 1977 — 1 ABR 92/74	5	66	Beschl. v. 7. 11. 1977 — 1 ABR 55/75	11	169
Beschl. v. 14. 6. 1977 — 1 ABR 87/75	2	22	Urteil v. 9. 11. 1977 — 4 AZR 368/76	10	153
Urteil v. 22. 6. 1977 — 5 AZR 753/75	9	135	Urteil v. 9. 11. 1977 — 4 AZR 374/76	10	152
Urteil v. 29. 6. 1977 — 4 AZR 112/76	4	53	Urteil v. 9. 11. 1977 — 5 AZR 132/76	11	170
Urteil v. 1. 7. 1977 — 5 AZR 72/77	2	22	Urteil v. 9. 11. 1977 — 5 AZR 175/76	10	152
Urteil v. 4. 7. 1977 — 5 AZR 215/76	4	52	Urteil v. 9. 11. 1977 — 5 AZR 388/76	9	137
Urteil v. 4. 7. 1977 — 5 AZR 663/75	2	20	Urteil v. 9. 11. 1977 — 5 AZR 460/76	9	137
Urteil v. 7. 7. 1977 — 3 AZR 422/76	3	37	Urteil v. 10. 11. 1977 — 2 AZR 269/77	13	199
Urteil v. 7. 7. 1977 — 3 AZR 570/76	3	36	Urteil v. 10. 11. 1977 — 3 AZR 329/76	9	137
Urteil v. 7. 7. 1977 — 3 AZR 572/76	3	37	Urteil v. 10. 11. 1977 — 3 AZR 705/76	15	228
Beschl. v. 13. 7. 1977 — 1 ABR 19/75	2	21	Urteil v. 17. 11. 1977 — 5 AZR 599/76	10	151
Urteil v. 13. 7. 1977 — 1 AZR 336/75	6	85	Urteil v. 17. 11. 1977 — 5 AZR 618/76	12	184
Urteil v. 19. 7. 1977 — 1 AZR 302/74	5	67	Beschl. v. 24. 11. 1977 — 5 AZB 48/77	12	184
Urteil v. 19. 7. 1977 — 1 AZR 376/74	5	66	Beschl. v. 24. 11. 1977 — 5 AZB 50/77	9	135
Urteil v. 19. 7. 1977 — 1 AZR 483/74	5	66	Urteil v. 24. 11. 1977 — 3 AZR 732/76	15	228
Beschl. v. 20. 7. 1977 — 5 AZR 94/77	5	67	Beschl. v. 28. 11. 1977 — 1 ABR 36/76	11	169
Urteil v. 20. 7. 1977 — 4 AZR 142/76	8	123	Beschl. v. 28. 11. 1977 — 1 ABR 40/76	11	168
Urteil v. 20. 7. 1977 — 4 AZR 174/76	2	21	Urteil v. 30. 11. 1977 — 5 AZR 561/76	12	185
Urteil v. 20. 7. 1977 — 5 AZR 325/76	7	102	Urteil v. 30. 11. 1977 — 5 AZR 667/76	12	186
			Urteil v. 1. 12. 1977 — 2 AZR 426/76	11	170

	Heft	Seite		Heft	Seite
Beschl. v. 6. 12. 1977 — 1 ABR 28/77	13	199	2. Bundessozialgericht		
Beschl. v. 6. 12. 1977 — 1 ABR 28/77	15	230	Urteil v. 29. 4. 1976 — 12/7 RAr 16/74	3	47
Urteil v. 8. 12. 1977 — 3 AZR 324/76	15	229	Urteil v. 4. 5. 1976 — 1 RA 49/75	2	24
Urteil v. 8. 12. 1977 — 3 AZR 530/76	15	229	Urteil v. 11. 5. 1976 — 10 RV 197/75	2	24
Urteil v. 14. 12. 1977 — 5 AZR 326/76	10	152	Urteil v. 18. 5. 1976 — 9 RV 192/75	1	12
Urteil v. 14. 12. 1977 — 5 AZR 673/76	12	185	Urteil v. 18. 5. 1976 — 9/10 RVi 4/74	1	12
Urteil v. 14. 12. 1977 — 5 AZR 711/76	12	186	Urteil v. 21. 5. 1976 — 7 RAr 121/74	3	47
Urteil v. 15. 12. 1977 — 3 AZR 184/76	14	217	Urteil v. 26. 5. 1976 — 12/7 RAr 69/74	3	48
Urteil v. 11. 1. 1978 — 5 AZR 797/76	17	263	Urteil v. 10. 6. 1976 — 10 RV 159/75	2	24
Urteil v. 11. 1. 1978 — 5 AZR 829/76	13	197	Urteil v. 15. 6. 1976 — 7 RAr 50/75	9	140
Urteil v. 12. 1. 1978 — 3 AZR 57/76	14	215	Urteil v. 15. 6. 1976 — 11 RA 108/75	2	25
Beschl. v. 17. 1. 1978 — 1 ABR 71/76	16	246	Urteil v. 29. 6. 1976 — 5 RKn 6/76	2	27
Beschl. v. 17. 1. 1978 — 1 ABR 71/76	21	328	Urteil v. 29. 6. 1976 — 5 RKn 37/75	2	27
Urteil v. 18. 1. 1978 — 5 AZR 56/77 u. 685/77	16	244	Urteil v. 29. 6. 1976 — 5 RKn 45/75	2	27
Urteil v. 19. 1. 1978 — 3 AZR 573/77	14	216	Urteil v. 7. 10. 1976 — 6 RKa 5/76	1	12
Urteil v. 25. 1. 1978 — 4 AZR 509/76	12	186	Urteil v. 7. 10. 1976 — 6 RKa 15/75	1	12
Beschl. v. 1. 2. 1978 — 5 AZR 59/77	21	328	Urteil v. 26. 10. 1976 — 4 RJ 21/76	2	25
Urteil v. 8. 2. 1978 — 4 AZR 552/76	14	216	Urteil v. 23. 11. 1976 — 5 RKn 34/75	2	28
Urteil v. 8. 2. 1978 — 4 AZR 557/76	21	328	Urteil v. 24. 11. 1976 — 1 RA 115/75	2	26
Urteil v. 9. 2. 1978 — 3 AZR 260/76	13	199	Urteil v. 24. 11. 1976 — 1 RA 151/75	2	26
Beschl. v. 14. 2. 1978 — 1 ABR 46/77	20	307	Urteil v. 25. 11. 1976 — 11 RA 138/75	2	25
Urteil v. 14. 2. 1978 — 1 ABR 76/76	20	307	Urteil v. 25. 11. 1976 — 11 RA 146/75	2	26
Urteil v. 14. 2. 1978 — 1 AZR 103/76	18	III	Urteil v. 7. 12. 1976 — 1 RA 11/76	2	27
Urteil v. 14. 2. 1978 — 1 AZR 154/76	16	246	Urteil v. 14. 12. 1976 — 3 RK 23/76	2	25
Urteil v. 14. 2. 1978 — 1 AZR 154/76	21	327	Urteil v. 16. 12. 1976 — 12/3 RK 4/75	2	26
— Urteil v. 14. 2. 1978 — 1 AZR 280/77	15	231	Urteil v. 17. 12. 1976 — 5 RJ 52/76	1	12
Urteil v. 15. 2. 1978 — 5 AZR 739/76	21	326	Urteil v. 25. 1. 1977 — 2 RU 23/76	1	13
Urteil v. 16. 2. 1978 — 3 AZR 723/76	16	246	Urteil v. 25. 1. 1977 — 2 RU 57/75	1	13
Beschl. v. 21. 2. 1978 — 1 ABR 54/76	20	307	Urteil v. 27. 1. 1977 — 7 RAr 17/76	3	48
Beschl. v. 21. 2. 1978 — 1 ABR 54/76	21	328	Urteil v. 27. 1. 1977 — 7 RAr 42/74	3	48
Urteil v. 22. 2. 1978 — 4 AZR 579/76	21	328	Urteil v. 27. 1. 1977 — 7 RAr 47/75	2	28
Urteil v. 22. 2. 1978 — 5 AZR 800/76	16	247	Urteil v. 27. 1. 1977 — 7 RAr 76/75	2	28
Urteil v. 22. 2. 1978 — 5 AZR 805/76	16	245	Urteil v. 27. 1. 1977 — 7 RAr 121/75	2	28
Urteil v. 23. 2. 1978 — 2 AZR 214/77	20	310	Urteil v. 28. 1. 1977 — 5 RJ 10/76	2	27
Urteil v. 23. 2. 1978 — 3 AZR 376/76	17	264	Urteil v. 28. 1. 1977 — 5 RJ 119/74	2	25
Urteil v. 23. 2. 1978 — 2 AZR 462/76	18	288	Urteil v. 1. 2. 1977 — 12/7 RAr 102/75	15	234
Urteil v. 23. 2. 1978 — 3 AZR 695/76	18	293	Urteil v. 3. 2. 1977 — 11 RA 12/76	1	12
Urteil v. 8. 3. 1978 — 5 AZR 833/76	16	245	Urteil v. 3. 2. 1977 — 11 RA 20/76	4	58
Urteil v. 9. 3. 1978 — 3 AZR 421/77	21	328	Urteil v. 3. 2. 1977 — 11 RA 24/76	4	58
Urteil v. 9. 3. 1978 — 3 AZR 442/76	17	263	Urteil v. 3. 2. 1977 — 11 RA 38/76	4	59
Urteil v. 9. 3. 1978 — 2 AZR 529/76	22	343	Urteil v. 3. 2. 1977 — 11 RA 46/76	4	58
Urteil v. 9. 3. 1978 — 3 AZR 577/76	17	264	Urteil v. 4. 2. 1977 — 11 RLw 4/76	5	75
Beschl. v. 14. 3. 1978 — 1 ABR 2/75	22	344	Urteil v. 4. 2. 1977 — 11 RK 11/76	4	60
Beschl. v. 14. 3. 1978 — 1 ABR 2/76	16	244	Urteil v. 9. 2. 1977 — 10 RV 43/76	5	76
Urteil v. 15. 3. 1978 — 5 AZR 818/76	17	265	Urteil v. 23. 2. 1977 — 1 RA 43/76	4	57
Urteil v. 15. 3. 1978 — 5 AZR 819/76	16	245	Urteil v. 23. 2. 1977 — 1 RA 103/75	4	58
Urteil v. 15. 3. 1978 — 5 AZR 819/76	16	247	Urteil v. 23. 2. 1977 — 12/11 RA 88/75	4	58
Urteil v. 15. 3. 1978 — 5 AZR 831/76	18	294	Urteil v. 24. 2. 1977 — 8 RU 54/76	1	13
Urteil v. 16. 3. 1978 — 2 AZR 424/76	20	308	Urteil v. 24. 2. 1977 — 8 RU 62/76	4	59
Urteil v. 22. 3. 1978 — 4 AZR 591/76	16	245	Urteil v. 8. 3. 1977 — 11 RK 6/76	4	60
Urteil v. 5. 4. 1978 — 4 AZR 621/76	20	310	Urteil v. 8. 3. 1977 — 11 RA 72/76	1	12
Urteil v. 5. 4. 1978 — 4 AZR 640/76	20	309	Urteil v. 16. 3. 1977 — 1 RA 53/76	4	57
Urteil v. 7. 4. 1978 — 5 AZR 144/76	22	344	Urteil v. 23. 3. 1977 — 4 RJ 89/76	2	25
Beschl. v. 11. 4. 1978 — 6 ABR 22/77	20	308	Urteil v. 24. 3. 1977 — 10 RV 21/76	5	76
Urteil v. 12. 4. 1978 — 4 AZR 568/76	22	344	Urteil v. 24. 3. 1977 — 10 RV 45/76	5	76
Urteil v. 13. 4. 1978 — 3 AZR 822/76	20	309	Urteil v. 29. 3. 1977 — 9 RV 42/76	6	91
Urteil v. 13. 4. 1978 — 3 AZR 844/76	18	295	Urteil v. 30. 3. 1977 — 5 RJ 98/76	2	27
Urteil v. 19. 4. 1978 — 5 AZR 834/76	18	295	Urteil v. 30. 3. 1977 — 6 RKa 4/76	5	73
Urteil v. 27. 4. 1978 — 3 AZR 780/76	18	293	Urteil v. 30. 3. 1977 — 6 RKa 10/76	4	59
Urteil v. 3. 5. 1978 — 4 AZR 731/76	20	310	Urteil v. 30. 3. 1977 — 6 RKa 11/76	5	73
Urteil v. 10. 5. 1978 — 4 AZR 740/76	20	310	Urteil v. 30. 3. 1977 — 6 RKa 13/76	5	74
Urteil v. 31. 5. 1978 — 5 AZR 116/77	21	327	Urteil v. 23. 4. 1977 — 4 RJ 177/75	2	28
Urteil v. 6. 6. 1978 — 1 AZR 495/75	20	309	Urteil v. 26. 4. 1977 — 8 RU 14/77	4	59
Urteil v. 16. 6. 1978 — 3 AZR 783/76	18	294	Urteil v. 27. 4. 1977 — 3 RK 43/76	4	60
Beschl. v. 17. 6. 1978 — 4 AZR 370/8	22	344	Urteil v. 27. 4. 1977 — 3 RK 51/76	4	60
			Urteil v. 27. 4. 1977 — 5 RKn 26/76	5	76

	Heft	Seite		Heft	Seite
Urteil v. 28. 4. 1977 — 12/3 RK 56/75	4	60	Urteil v. 21. 9. 1977 — 4 RJ 133/76	7	110
Urteil v. 10. 5. 1977 — 11 RA 18/76	5	75	Urteil v. 22. 9. 1977 — 10 RV 15/77	13	206
Urteil v. 17. 5. 1977 — 10 RV 73/76	6	92	Urteil v. 22. 9. 1977 — 10 RV 63/76	13	205
Urteil v. 26. 5. 1977 — 12/3 RK 31/75	5	75	Urteil v. 22. 9. 1977 — 10 RV 79/76	6	93
Urteil v. 26. 5. 1977 — 12 RK 55/76	5	75	Urteil v. 22. 9. 1977 — 5 RJ 96/76	7	110
Urteil v. 26. 5. 1977 — 2 RU 70/76	5	75	Urteil v. 5. 10. 1977 — 3 RK 35/75	10	155
Urteil v. 26. 5. 1977 — 2 RU 97/75	5	74	Urteil v. 5. 10. 1977 — 3 RK 62/75	10	156
Urteil v. 26. 5. 1977 — 2 RU 97/76	7	108	Urteil v. 6. 10. 1977 — 7 RAr 1/77	14	223
Urteil v. 1. 6. 1977 — 3 RK 41/75	4	60	Urteil v. 6. 10. 1977 — 7 RAr 52/76	14	223
Urteil v. 16. 6. 1977 — 8 RU 72/76	4	59	Urteil v. 6. 10. 1977 — 7 RAr 55/76	14	224
Urteil v. 21. 6. 1977 — 7 RAr 7/76	4	60	Urteil v. 6. 10. 1977 — 7 RAr 66/76	14	223
Urteil v. 22. 6. 1977 — 7 RAr 75/76	5	74	Urteil v. 6. 10. 1977 — 7/12 RAr 43/76	14	224
Urteil v. 22. 6. 1977 — 10 TB 29/76	4	59	Urteil v. 6. 10. 1977 — 7 RAr 82/76	14	223
Urteil v. 23. 6. 1977 — 8 RU 16/77	5	74	Urteil v. 19. 10. 1977 — 4 RJ 57/76	12	189
Urteil v. 23. 6. 1977 — 8 RU 98/76	5	74	Urteil v. 19. 10. 1977 — 4 RJ 139/76	11	174
Urteil v. 29. 6. 1977 — 5 RKn 5/77	5	75	Urteil v. 19. 10. 1977 — 4 RJ 151/76	11	174
Urteil v. 30. 6. 1977 — 9 RV 80/76	6	92	Beschl. v. 20. 10. 1977 — 1 BA 55/77	13	207
Urteil v. 30. 6. 1977 — 12/3 RK 91/75	4	59	Urteil v. 20. 10. 1977 — 11 RLw 1/77	12	192
Urteil v. 13. 7. 1977 — 3 RK 22/76	6	93	Urteil v. 20. 10. 1977 — 11 RLw 1/77	13	206
Urteil v. 13. 7. 1977 — 3 RK 99/76	6	94	Urteil v. 20. 10. 1977 — 11 RLw 2/77	12	192
Urteil v. 14. 7. 1977 — 3 RK 60/75	6	94	Urteil v. 20. 10. 1977 — 11 RA 108/76	11	174
Urteil v. 14. 7. 1977 — 3 RK 66/76	7	107	Urteil v. 20. 10. 1977 — 12 RK 18/76	12	189
Urteil v. 14. 7. 1977 — 3 RK 80/75	6	93	Urteil v. 20. 10. 1977 — 12 RAr 93/76	15	235
Urteil v. 14. 7. 1977 — 4 RJ 29/77	8	124	Urteil v. 25. 10. 1977 — 8/12 RKg 4/77	15	235
Urteil v. 14. 7. 1977 — 4 RJ 39/76	8	124	Urteil v. 25. 10. 1977 — 8/12 RKg 8/77	14	224
Urteil v. 14. 7. 1977 — 4 RJ 53/76	8	125	Urteil v. 25. 10. 1977 — 8/12 RKg 15/77	15	235
Urteil v. 14. 7. 1977 — 4 RJ 107/76	8	124	Urteil v. 27. 10. 1977 — 1 RA 19/76	12	190
Urteil v. 21. 7. 1977 — GS 1/76 u. GS 2/76	8	125	Urteil v. 27. 10. 1977 — 1 RA 61/76	12	190
Urteil v. 21. 7. 1977 — RAr 38/76	9	141	Urteil v. 27. 10. 1977 — 1 RA 77/76	13	207
Urteil v. 21. 7. 1977 — RAr 102/76	9	141	Urteil v. 9. 11. 1977 — 3 RK 5/76	10	156
Urteil v. 21. 7. 1977 — 7 RAr 132/75	9	141	Urteil v. 9. 11. 1977 — 3 RK 25/76	10	155
Urteil v. 21. 7. 1977 — 7 RAr 135/75	9	141	Urteil v. 9. 11. 1977 — 3 RK 39/75	10	156
Urteil v. 26. 7. 1977 — 8 RU 8/77	7	108	Urteil v. 9. 11. 1977 — 3 RK 63/76	10	156
Urteil v. 26. 7. 1977 — 8 RU 34/75	7	109	Urteil v. 9. 11. 1977 — 3 RK 90/76	10	155
Urteil v. 26. 7. 1977 — 8/12 RKg 2/77	13	205	Urteil v. 10. 11. 1977 — 3 RK 1/76	10	155
Urteil v. 28. 7. 1977 — 2 RU 5/77	6	93	Urteil v. 10. 11. 1977 — 3 RK 44/75	10	155
Urteil v. 28. 7. 1977 — 2 RU 15/76	7	108	Urteil v. 10. 11. 1977 — 3 RK 68/76	10	155
Urteil v. 28. 7. 1977 — 2 RU 29/76	7	110	Urteil v. 10. 11. 1977 — 3 RK 82/75	10	154
Urteil v. 28. 7. 1977 — 2 RU 31/77	6	92	Beschl. v. 14. 11. 1977 — 6 BKa 7/76	12	189
Urteil v. 28. 7. 1977 — 2 RU 40/77	7	109	Urteil v. 15. 11. 1977 — 10 RV 95/76	13	206
Urteil v. 28. 7. 1977 — 5 RJ 18/76	8	125	Urteil v. 18. 11. 1977 — 5 RJ 142/76	12	190
Urteil v. 28. 7. 1977 — 5 RKn 22/76	9	140	Urteil v. 20. 11. 1977 — 12/7 RAr 101/76	15	235
Urteil v. 28. 7. 1977 — 5 BJ 124/77	6	92	Beschl. v. 22. 11. 1977 — 3 RK 60/77	13	207
Urteil v. 2. 8. 1977 — 9 RV 102/76	6	93	Urteil v. 22. 11. 1977 — 7 RAr 5/77	15	236
Urteil v. 31. 8. 1977 — 1 RA 15/76	6	93	Urteil v. 22. 11. 1977 — 7 RAr 88/76	15	236
Urteil v. 31. 8. 1977 — 1 RA 23/77	9	140	Urteil v. 22. 11. 1977 — 7/12 RAr 33/76	15	236
Urteil v. 31. 8. 1977 — 1 RA 47/76	8	126	Urteil v. 23. 11. 1977 — 9 RV 72/76	13	206
Urteil v. 31. 8. 1977 — 1 RA 155/75	8	125	Urteil v. 23. 11. 1977 — 9 RV 84/76	13	206
Urteil v. 2. 9. 1977 — 12 RK 15/77	7	107	Urteil v. 24. 11. 1977 — 9 RV 78/76	14	222
Urteil v. 2. 9. 1977 — 12 RK 37/76	9	142	Urteil v. 25. 11. 1977 — 2 RU 55/77	11	171
Urteil v. 2. 9. 1977 — 12/7 RAr 91/76	9	142	Urteil v. 25. 11. 1977 — 2 RU 75/77	11	171
Urteil v. 7. 9. 1977 — 11 RA 66/76	9	140	Urteil v. 25. 11. 1977 — 2 RU 99/76	11	171
Urteil v. 7. 9. 1977 — 11 RA 92/76	9	143	Urteil v. 30. 11. 1977 — 4 RJ 3/77	11	173
Urteil v. 8. 9. 1977 — 2 RU 20/77	7	109	Urteil v. 30. 11. 1977 — 4 RJ 7/77	11	173
Urteil v. 8. 9. 1977 — 2 RU 121/75	7	109	Urteil v. 30. 11. 1977 — 4 RJ 23/77	11	173
Urteil v. 8. 9. 1977 — 11 RA 22/77	8	126	Urteil v. 30. 11. 1977 — 4/5 RJ 20/77	11	173
Urteil v. 8. 9. 1977 — 11 RA 100/76	8	126	Urteil v. 30. 11. 1977 — 12 RK 28/76	10	156
Urteil v. 8. 9. 1977 — 11 RA 112/76	8	126	Urteil v. 30. 11. 1977 — 12 RAr 99/76	15	236
Urteil v. 15. 9. 1977 — 6 RKa 6/77	7	108	Urteil v. 1. 12. 1977 — 12 RK 11/76	10	156
Urteil v. 15. 9. 1977 — 6 RKa 8/77	7	107	Urteil v. 1. 12. 1977 — 12 RK 21/76	12	190
Urteil v. 20. 9. 1977 — 8 RU 22/77	7	110	Urteil v. 7. 12. 1977 — 1 RA 3/77	12	191
Urteil v. 20. 9. 1977 — 8/12 RKg 3/77	9	142	Urteil v. 7. 12. 1977 — 1 RA 7/77	12	191
Urteil v. 20. 9. 1977 — 8/12 RKg 8/76	9	142	Urteil v. 7. 12. 1977 — 1 RA 59/76	11	173
Urteil v. 20. 9. 1977 — 8/12 RKg 12/77	13	205	Urteil v. 7. 12. 1977 — 1 RA 107/76	12	191
Urteil v. 21. 9. 1977 — 4 RJ 73/76	7	110	Urteil v. 15. 12. 1977 — 11 RA 6/77	12	191
Urteil v. 21. 9. 1977 — 4 RJ 101/76	7	110	Urteil v. 15. 12. 1977 — 8 RU 42/77	11	172

	Heft	Seite		Heft	Seite
Urteil v. 15. 12. 1977 — 8 RU 44/77	11	172	Urteil v. 21. 3. 1978 — 7 RAR 84/76	22	347
Urteil v. 15. 12. 1977 — 8 RU 54/77	11	172	Urteil v. 21. 3. 1978 — 7 RAR 95/76	20	315
Urteil v. 15. 12. 1977 — 8 RU 58/77	11	172	Urteil v. 21. 3. 1978 — 7 RAR 98/76	19	300
Urteil v. 15. 12. 1977 — 11 RA 52/77	12	191	Urteil v. 29. 3. 1978 — 5 RKnU 8/77	16	252
Urteil v. 15. 12. 1977 — 10 RV 51/76	14	222	Urteil v. 29. 3. 1978 — 5 RJ 14/77	23	365
Urteil v. 15. 12. 1977 — 11 RA 30/77	12	191	Urteil v. 19. 4. 1978 — 4 RJ 21/77	23	365
Urteil v. 15. 12. 1977 — 11 RA 74/77	11	174	Urteil v. 19. 4. 1978 — 4 RJ 55/77	20	318
Urteil v. 16. 12. 1977 — 5 RKn 7/76	12	192	Urteil v. 19. 4. 1978 — 4 RJ 59/77	23	367
Urteil v. 16. 12. 1977 — 5 RKnU 9/76	11	172	Urteil v. 20. 4. 1978 — 2 RU 1/77	20	317
Urteil v. 21. 12. 1977 — 2 RU 57/76	16	250	Beschl. v. 21. 4. 1978 — 1 BJ 12/78	21	333
Urteil v. 18. 1. 1978 — 1 RA 1/77	17	267	Urteil v. 25. 4. 1978 — 5 RKn 2/77	22	346
Urteil v. 18. 1. 1978 — 1 RA 11/77	15	237	Urteil v. 25. 4. 1978 — 5 RJ 18/77	23	365
Urteil v. 18. 1. 1978 — 1 RA 17/76	17	267	Urteil v. 25. 4. 1978 — 9 RV 71/77	21	333
Urteil v. 19. 1. 1978 — 4 RJ 35/77	16	253	Urteil v. 25. 4. 1978 — 9 RV 96/76	21	333
Urteil v. 19. 1. 1978 — 4 RJ 47/77	16	253	Urteil v. 25. 4. 1978 — 9/10 RV 43/77	21	333
Urteil v. 19. 1. 1978 — 4 RJ 81/77	16	253	Urteil v. 26. 4. 1978 — 6 RKa 10/77	20	315
Urteil v. 19. 1. 1978 — 4 RJ 103/76	16	253	Urteil v. 26. 4. 1978 — 6 RKa 14/77	20	315
Urteil v. 26. 1. 1978 — 2 RU 9/77	16	251	Urteil v. 27. 4. 1978 — 8 RU 62/77	21	332
Urteil v. 26. 1. 1978 — 2 RU 27/77	16	250	Urteil v. 27. 4. 1978 — 8/3 RK 33/76	20	316
Urteil v. 26. 1. 1978 — 2 RU 39/77	16	251	Urteil v. 27. 4. 1978 — 8/12 RKG 14/77	22	348
Urteil v. 26. 1. 1978 — 2 RU 89/77	16	251	Urteil v. 27. 4. 1978 — 11 RA 60/77	23	267
Urteil v. 26. 1. 1978 — 2 RU 97/77	15	237	Urteil v. 27. 4. 1978 — 11 RA 69/77	23	267
Urteil v. 2. 2. 1978 — 8 RU 48/77	16	252	Urteil v. 18. 5. 1978 — 3 RK 11/77	20	316
Urteil v. 2. 2. 1978 — 12 RK 17/76	16	249	Urteil v. 18. 5. 1978 — 3 RK 47/77	20	316
Urteil v. 2. 2. 1978 — 12 RK 38/76	19	299	Urteil v. 18. 5. 1978 — 3 RK 70/77	20	316
Urteil v. 2. 2. 1978 — 8 RU 66/77	16	252	Urteil v. 19. 5. 1978 — 8 RV 102/77	21	332
Urteil v. 2. 2. 1978 — 8 RU 78/77	16	251	Urteil v. 19. 5. 1978 — 8/3 RK 4/76	20	316
Urteil v. 9. 2. 1978 — 9 RV 46/77	19	300	Urteil v. 24. 5. 1978 — 4 RJ 69/77	23	366
Urteil v. 9. 2. 1978 — 11 RK 6/77	16	249	Urteil v. 24. 5. 1978 — 4 RJ 79/77	23	366
Urteil v. 9. 2. 1978 — 11 RA 42/77	17	268	Urteil v. 30. 5. 1978 — 1 RA 37/77	23	366
Urteil v. 9. 2. 1978 — 11 RA 18/77	17	268	Urteil v. 30. 5. 1978 — 7 RAR 4/77	22	348
Urteil v. 9. 2. 1978 — 11 RZLw 1/77	19	298	Urteil v. 31. 5. 1978 — 2 RU 5/78	20	317
Urteil v. 14. 2. 1978 — 7/12 RAR 73/76	15	237	Urteil v. 31. 5. 1978 — 2 RU 19/78	20	317
Urteil v. 14. 2. 1978 — 7/12 RAR 73/76	19	299	Urteil v. 31. 5. 1978 — 2 RU 67/76	21	333
Urteil v. 14. 2. 1978 — 7 RAR 81/76	19	299	Urteil v. 31. 5. 1978 — 5 RKn 31/76	22	346
Urteil v. 15. 2. 1978 — 3 RK 29/77	15	236	Urteil v. 31. 5. 1978 — 5 RJ 76/76	20	318
Urteil v. 15. 2. 1978 — 3 RK 36/76	15	237	Urteil v. 31. 5. 1978 — 12 RK 25/77	23	267
Urteil v. 15. 2. 1978 — 3 RK 67/76	15	237	Urteil v. 1. 6. 1978 — 12 RK 23/77	20	317
Urteil v. 28. 2. 1978 — 4 RJ 43/77	16	253	Urteil v. 14. 6. 1978 — 9 RV 54/77	22	348
Urteil v. 28. 2. 1978 — 4 RJ 87/76	17	268	Urteil v. 14. 6. 1978 — 9/10 RV 31/77	21	334
Urteil v. 28. 2. 1978 — 4 RJ 125/76	17	269	Urteil v. 14. 6. 1978 — 9/10 RV 53/77	22	348
Urteil v. 1. 3. 1978 — 12 RK 14/77	19	300	Urteil v. 21. 6. 1978 — 3 RK 35/76	21	331
Urteil v. 1. 3. 1978 — 12 RK 31/76	16	250	Urteil v. 21. 6. 1978 — 3 RK 45/77	21	332
Urteil v. 1. 3. 1978 — 12 RK 41/76	16	253	Urteil v. 21. 6. 1978 — 3 RK 96/76	21	331
Urteil v. 1. 3. 1978 — 12 RAR 49/77	19	300	Urteil v. 21. 6. 1978 — 3 RK 98/76	21	331
Urteil v. 9. 3. 1978 — 2 RU 47/76	16	252	Urteil v. 22. 6. 1978 — 11 RLw 3/77	22	347
Urteil v. 9. 3. 1978 — 2 RU 99/77	16	252	Urteil v. 22. 6. 1978 — 11 RLw 7/77	22	346
Urteil v. 14. 3. 1978 — 9 RV 2/77	21	333	Urteil v. 27. 6. 1978 — 2 RU 30/78	22	348
Urteil v. 14. 3. 1978 — 9 RV 40/77	19	301	Urteil v. 27. 6. 1978 — 2 RU 83/76 u. 2 RU 3/76	22	349
Beschl. v. 15. 3. 1978 — 1 RA 33/77	15	238	Urteil v. 27. 6. 1978 — 2 RU 87/77	20	318
Urteil v. 15. 3. 1978 — 1/5 RJ 112/76	17	269	Urteil v. 27. 6. 1978 — 2 RU 89/76	20	317
Urteil v. 15. 3. 1978 — 1/5 RJ 128/76	17	269	Beschl. v. 27. 6. 1978 — 4 RJ 83/77	21	334
Urteil v. 15. 3. 1978 — 1/5 RJ 136/76	17	269	Urteil v. 27. 6. 1978 — 4 RJ 85/77	23	366
Urteil v. 15. 3. 1978 — 1/5 RJ 138/76	17	267	Urteil v. 27. 6. 1978 — 4 RJ 89/77	20	318
Urteil v. 15. 3. 1978 — 1/5 RJ 144/76	17	269	Urteil v. 27. 6. 1978 — 4 RJ 149/76	23	367
Urteil v. 16. 3. 1978 — 10 RV 7/77	19	301	Beschl. v. 28. 6. 1978 — 4 BJ 383/77	21	334
Urteil v. 16. 3. 1978 — 10 RV 29/77	19	301	Urteil v. 29. 6. 1978 — 5 RKn 35/76	21	332
Urteil v. 16. 3. 1978 — 11 RLw 5/77	19	299	Urteil v. 29. 6. 1978 — 5 RKn 38/76	22	347
Urteil v. 16. 3. 1978 — 11 RK 9/77	16	250	Urteil v. 29. 6. 1978 — 5 RKn 39/78	21	332
Urteil v. 16. 3. 1978 — 11 RA 10/77	17	268			
Urteil v. 16. 3. 1978 — 11 RA 12/77	17	268			
Urteil v. 21. 3. 1978 — 3 RK 55/76	15	237			
Urteil v. 21. 3. 1978 — 3 RK 95/76	16	250			
Urteil v. 21. 3. 1978 — 7/12 RAR 6/77	22	347			
Urteil v. 21. 3. 1978 — 7 RAR 48/76	20	315			
Urteil v. 21. 3. 1978 — 7 RAR 58/76	22	347			
			3. Bundesfinanzhof		
			Urteil v. 6. 5. 1977 — VI R 178/75	4	64
			Urteil v. 12. 8. 1977 — VI R 61/75	4	64
			Urteil v. 26. 8. 1977 — VI R 98/75	4	64
			Urteil v. 2. 9. 1977 — VI R 114/76	4	64

	Heft	Seite		Heft	Seite
Urteil v. 6. 9. 1977 — VI R 5/77	4	64	Beschl. v. 24. 2. 1978 — VI B 135/77	13	207
Urteil v. 6. 9. 1977 — VI R 165/76	4	64	Urteil v. 24. 2. 1978 — VI R 177/73	13	207
Urteil v. 20. 9. 1977 — VI R 124/75	10	159	Urteil v. 3. 3. 1978 — VI R 195/75	13	208
Urteil v. 28. 10. 1977 — VI R 194/74	10	159	Urteil v. 10. 3. 1978 — VI R 111/66	20	320
Urteil v. 4. 11. 1977 — VI R 24/76	10	160	Urteil v. 10. 3. 1978 — VI R 239/74	20	320
Urteil v. 18. 11. 1977 — VI R 71/75	10	160	Urteil v. 28. 4. 1978 — VI R 145/75	20	320
Urteil v. 18. 11. 1977 — VI R 142/75	10	160	Urteil v. 28. 4. 1978 — VI R 147/75	20	320
Urteil v. 28. 11. 1977 — GrS 2-3/77	10	159	Urteil v. 9. 6. 1978 — VI R 197/75	23	368
Urteil v. 2. 12. 1977 — VI R 8/75	10	159	Beschl. v. 16. 6. 1978 — VI R 3/78	20	320
Beschl. v. 2. 12. 1977 — VI R 180/76	10	160	Urteil v. 16. 6. 1978 — VI R 33/76	23	368
Urteil v. 15. 12. 1977 — VI R 150/75	10	159	Urteil v. 23. 6. 1978 — VI R 127/77	23	368
Urteil v. 19. 12. 1977 — VI R 198/76	13	207	Urteil v. 23. 6. 1978 — VI R 133/76	23	368
Urteil v. 20. 1. 1978 — VI R 123/77	13	208	Urteil v. 23. 6. 1978 — VI R 175/75	23	368
Urteil v. 20. 1. 1978 — VI R 170/76	13	207	Urteil v. 29. 6. 1978 — VI R 20/77	23	368
Urteil v. 20. 1. 1978 — VI R 193/74	13	207	Urteil v. 29. 6. 1978 — VI R 148/76	23	368
			Urteil v. 7. 7. 1978 — VI R 211/75	23	368

III. Verfasserverzeichnis

	Heft	Seite		Heft	Seite
A n d e r s , Josef, Oberrechnungsrat, Darmstadt			Neuere Rechtsprechung zur Investitionszulage . . .	17	270
Steuerliche Behandlung der Dienstreisen	7	111	Unterhaltszahlungen von Gastarbeitern an Angehörige im Ausland	21	334
Auslösungen und Fahrkosten — Steuerliche Behandlung —	9	143	G o l a , Peter, Bonn		
Freibeträge, Höchstbeträge und Freigrenzen bei der Veranlagung von Arbeitnehmern	15	238	Der Geltungsbereich des BDSG bei Verarbeitung von Personaldaten	14	209
Steuerpflicht der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit	20	319	G r o ß , Dr. Rolf, Ministerialrat, Wiesbaden		
Die Steuerermäßigung wegen außergewöhnlicher Belastung	22	349	Zur verfassungsrechtlichen Bewertung des Mitbestimmungsgesetzes	13	193
B a d u r a , Professor Dr. Peter, München			Skizze der Entwicklung der Mitbestimmung unter besonderer Berücksichtigung des Hessischen Betriebsrätegesetzes	22	341
Verfassungsrechtliche Grundlagen der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen	23	353	H e r r f a h r d t , Renate, Hannover		
B e c k e r - S c h a f f n e r , Dr. Reinhard, Richter am Arbeitsgericht, Offenbach			Zur Protokollierung von Betriebsversammlungen durch den Arbeitgeber	16	241
Rechtsfragen im Zusammenhang mit der Freistellung eines Arbeitnehmers	3	33	H i l l e b r e c h t , Wilfried, Kassel		
Die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts zu § 626 Abs. 2 BGB	10	145	Ausgewählte Fragen zur Kündigungsrechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts	8	113
B r i l l , Werner, Vizepräsident, Hamm-Rhynern			H o p p e , Günter, Hilden		
Betriebsrat und Datenschutz	11	163	Zwei Abhandlungen zum Kündigungsrecht	2	17
B u r d e n s k i , Dr. Wolfhart, Bundesrichter beim BSG a. D., Kassel			Jugendstreik eines Auszubildenden und Entlassung Beiträge zur fristlosen Kündigung des Arbeitnehmers	6	II
Aus der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts 1, 12; 2, 24; 3, 47; 5, 73; 6, 91; 8, 124; 9, 140; 10, 154; 11, 171; 12, 189; 13, 205; 14, 223; 15, 234; 16, 249; 17, 267; 19, 298; 20, 315; 21, 331; 22, 346; 23, 365			Ausgewählte Entscheidungen der Landesarbeitsgerichte (Mittelinstanzen)	7	97
C a r l , Eberhard, Hannover				19	289
Zur Protokollierung von Betriebsversammlungen durch den Arbeitgeber	16	241	K a l b , Franz, Kassel		
D a n g e r s , Willy, Bremen			Die neue Betriebsprüfungsordnung (Steuer)	16	254
Stellung und Aufgaben des betrieblichen Datenschutzbeauftragten	7	99	K l e e s , Bernd, Professor, Braunschweig/Wolfenbüttel		
D r y g a l a , Renate, Bremen-Schönebeck			Kündigungsschutz — Anspruch und Wirklichkeit in der Bundesrepublik Deutschland	12	177
Die soziale und rechtliche Situation der Heimarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland	23	356	Beschäftigungskrise und zumutbare Beschäftigung — Arbeitsmarkt und Sozialstaat im Widerstreit (1. Teil)	24	369
E t z e l , Dr. Gerhard, Richter am Arbeitsgericht, Kassel			L e i s e , Horst, Frankfurt		
Aus der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts 1, 6; 2, 18; 3, 36; 5, 65; 6, 84; 8, 121; 9, 134; 10, 151; 11, 169; 12, 184; 13, 197; 14, 216; 15, 228; 16, 244; 17, 263; 18, 288; 19, 293; 20, 307; 21, 326; 22, 343			Erlasse des Hessischen Ministers der Finanzen	2	29
F i g g e , Gustav, Bremen			Praktische Steuerwinke	8	126
Versicherungsfreiheit von geringfügigen Beschäftigungen im Jahre 1978	2	22		6	94
Beiträge für die freiwillige Versicherung und für die Höherversicherung in den gesetzlichen Rentenversicherungen in den Jahren 1977 und 1978	2	23	L i e b , Professor Dr. Manfred, Köln		
F i s c h e r , Hermann J., und K l e b e , Thomas, Köln			Die zeitlichen Leistungsvoraussetzungen im Bereich der betrieblichen Altersversorgung	19	296
Abmahnung, Ermahnung und Verwarnung im Arbeitsverhältnis	14	213	L o h m e y e r , Heinz, Oberregierungsrat, Berlin		
F r o h n e r , Siegfried, Bad Zwischenahn			Verfahrensgrundsätze der neuen Abgabenordnung . Steuerfreie oder steuerpflichtige Gelegenheitsgeschenke an Arbeitnehmer?	5	77
Zum Begriff des leitenden Angestellten im Sinne von § 5 Abs. 3 BetrVG 1972	1	1	Besonderheiten des Rechtsbehelfsverfahrens nach AO 1977	10	157
Arbeitsrechtliche Probleme bei der Privatisierung von Aufgaben des öffentlichen Dienstes	17	257		19	301
F u c h s , Professor Dr. Dieter, Pforzheim			L u d w i g , Karl, Münster		
Aktuelle Fragen zum Einstellungsfragebogen	11	161	Wie hoch ist die Rente 1978?	3	41
Veraltete Klauseln in Formulararbeitsverträgen	21	321	Die Rentenversicherung nach dem 21. Anpassungsgesetz	20	311
G e i g e r , Harald, Richter, München			Wie hoch ist die Rente 1978 nach dem 21. RAG?	21	329
Anspruch des Arbeitnehmers auf tatsächliche Beschäftigung — eine Urteilsanmerkung —	10	149	M a r b u r g e r , Horst, Deizisau		
G e o r g e , Dr. Heinz, Berlin			Zur Sozialversicherung Zivildienstleistender	1	9
Berliner Nachrichten	1	16	Zum Sozialversicherungsschutz bei Erkrankung des Arbeitnehmers vor der ersten Arbeitsaufnahme	5	68
	5	80	Haftung der Arbeitgeber und Arbeitskollegen bei vorsätzlicher oder grobfahrlässiger Versuchung des Arbeitsunfalles	6	81
	10	160	Zur neueren Rechtsentwicklung in Zusammenhang mit dem Vorliegen eines Arbeitsunfalles	15	231
	13	208	M a y e r , Udo, Hamburg		
	19	304	Verfassungsklage gegen das Mitbestimmungsgesetz Rationalisierungsmaßnahmen und Bestandsschutz von Arbeitsverhältnissen	9	129
Lohnsteuerrechtliche Behandlung der doppelten Haushaltsführung bei Gastarbeitern	11	174		18	281

	Heft	Seite		Heft	Seite
M e n k e, Günter, Münster			S c h ö b e r l e, Dr. Horst, Ministerialrat, Bonn		
Wie hoch ist die Rente 1978?	3	41	Das Gesetz zur Steuerentlastung und Investitionsförderung	1	14
Die Rentenversicherung nach dem 21. Anpassungsgesetz	20	311	S c h w e r d t n e r, Professor Dr. Peter, Universität Bielefeld		
Wie hoch ist die Rente 1978 nach dem 21. RAG?	21	329	Sind im Interesse einer gerechteren Verteilung der Arbeitsplätze Begründung und Beendigung des Arbeitsverhältnisses neu zu regeln?	18	273
M o r i t z, Dr. Heinz Peter, Universität Bielefeld			S e e g e r t, Christian, Hamburg		
Haushaltshilfe bei Möglichkeit der Inanspruchnahme von Tarifurlaub zum Zweck der Haushaltsführung Anspruch auf Waisenrente über das 25. Lebensjahr hinaus	9	138	Verfassungsrechtliche Gewährleistung der Aussper- rung mittels Kampfparität?	22	337
	17	265	S e n d l e r, Hans, Assessor, Kassel		
M ü l l e r, Dr. Wigo, Wetzlar			Datenschutz im Personalwesen der Sozialversiche- rung	6	86
Die Unterschiede bei der Versteuerung von Ein- künften aus nichtselbständiger Arbeit nach der Indi- vidual- und Pauschal-Lohnsteuer-Methode	24	380	S i e g e r s, Dr. Josef, Hannover		
N a e n d r u p, Professor Dr. Peter-Hubert, Bochum			Das Vierte Gesetz zur Änderung des Arbeitsförde- rungsgesetzes (AFG)	7	105
Zur verfassungsrechtlichen Problematik der Mit- bestimmung in Unternehmen	20	305	S i e g l e r, Hans Georg, Karlsruhe		
N o t t e r, Dr. Dr. Nikolaus H., München			Probezeit und Kündigungsfristen im Schwerbehin- dertenrecht	11	167
Kündigungsschutz nur auf dem Papier?	12	182	S t e f f e n s, Jürgen, Bonn-Bad Godesberg		
P a l m e, Dr. Antonie, München			Sachbezugsverordnung 1978	3	39
Zur Rechtswirkung des Widerspruchs des Arbeit- nehmers bei Betriebsveräußerung	8	Kn	Änderungen im Beitragsrecht der Sozialversiche- rung zum 1. Januar 1979 (1. Teil)	23	360
Kündigung wegen Krankheit in der neueren Recht- sprechung	15	225	(Fortsetzung und Schluß)	24	377
R o t h e, Hans, Mannheim			W o l b e r, Kurt, Eppelheim		
Urlaubserteilung und Übertragung nicht verbrauch- ten Urlaubs auf das Folgejahr	21	324	Das Zusammenwirken der Träger der Unfallver- sicherung und der Gewerbeaufsichtsbehörden	12	187
S c h m i d t, Volker, Hamburg			Durchbrechung der den Sozialversicherungsträgern obliegenden Geheimhaltungspflicht bei Interessen- kollisionen	16	248
Anmerkung zum Weiterbeschäftigungsurteil des BAG vom 26. 5. 1977	18	287	Private Unfallversicherung als Ergänzung der ge- setzlichen Unfallversicherung	22	345
S c h n e i d e r, Heinz, Oberverwaltungsrat, Steinbach			W o l l n y, Dr. Paul, Richter am Bundesfinanzhof Mün- chen		
Aktuelle versicherungsrechtliche Einzelfragen	5	72	Aus der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs 10, 159; 13,207; 20, 320; 23, 368		
Zweifelsfragen zur Lohnfortzahlungs-Versicherung	10	153			
Die Versicherungspflicht in der Krankenversiche- rung der Rentner ab 1. Juli 1978	13	200			
Beiträge für freiwillige Mitglieder in der gesetz- lichen Krankenversicherung	14	218			

Hier bleibt zu erwähnen, daß für die Gewährung der Freibeträge nur Kinder i. S. des § 32 EStG, also leibliche Kinder, Adoptiv-, Stief- und Pflegekinder berücksichtigt werden. Als zum Haushalt Zugehörige werden solche Personen bezeichnet, die bei einheitlicher Wirtschaftsführung unter Leitung des Antragstellers dessen Wohnung teilen. Sie können sich auch mit seiner Einwilligung zu Ausbildungszwecken außerhalb seiner Wohnung aufhalten.

Der Freibetrag ist auch zu gewähren, wenn der Steuerpflichtige oder sein nicht dauernd getrennt lebender Ehegatte in einem Heim oder dauernd zur Pflege untergebracht ist und die Aufwendungen aus diesem Anlaß mit denen einer Hausgehilfin oder Haushaltshilfe vergleichbar sind. Der Antragsteller oder sein nicht dauernd getrennt lebender Ehegatte müssen in diesen Fällen das 60. Lebensjahr vollendet haben.

Eine Steuerermäßigung für mehr als eine Hausgehilfin oder Haushaltshilfe ist zu gewähren, wenn zum Haushalt mindestens fünf Kinder gehören, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

3.4 Gemeinsame Vorschriften

Die unter den Tz. 3.1 bis 3.3 dargestellten Steuervergünstigungen ermäßigen sich um je ein Zwölftel für jeden Kalendermonat, in dem die notwendigen Voraussetzungen nicht vorgelegen haben.

4. Flüchtlingsfreibetrag

Nach den Schlußvorschriften des § 52 Ziff. 21 EStG gelten die im Einkommensteuergesetz 1953 (§§ 33 a, 41 EStG) aufgeführten Freibeträge für Vertriebene, Heimatvertriebene, Sowjetzonenflüchtlinge, Totalgeschädigte und diesen gleichgestellte Personen, z. B. Spätaussiedler, weiterhin¹⁷⁾.

Hiernach erhalten einen steuerfreien Pauschbetrag

- von 540,— DM Arbeitnehmer der Steuerklasse I
- von 720,— DM Arbeitnehmer der Steuerklassen II, III oder IV ohne Kinder
- von 840,— DM Arbeitnehmer der Steuerklassen II, III oder IV mit einem oder zwei Kindern. Für jedes weitere Kind erhöht sich der Freibetrag um 60,— DM.

Der Freibetrag ist für das Kalenderjahr zu gewähren, in dem die Voraussetzungen für die Gewährung eingetreten sind und für die beiden folgenden Kalenderjahre.

5. Freibeträge für Körperbehinderte und Hinterbliebene

5.1 Körperbehinderte

Zu den typisierenden Regelungen im Rahmen der Steuerermäßigung wegen außergewöhnlicher Belastung sind auch die steuerfreien Pauschbeträge für Körperbehinderte und Hinterbliebene zu rechnen. Nach § 33 b EStG erhalten Körperbehinderte wegen der außergewöhnlichen Belastungen durch ihre Behinderung einen steuerfreien Pauschbetrag, der sich nach der Minderung der Erwerbsfähigkeit richtet. Zur Zeit gelten folgende Pauschbeträge:

Bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um	DM
25 bis 34%	600,—
35 bis 44%	840,—
45 bis 54%	1110,—
55 bis 64%	1410,—
65 bis 74%	1740,—
75 bis 84%	2070,—
85 bis 90%	2400,—
91 bis 100%	2760,—

Blinde und Körperbehinderte, die ständig hilflos sind und nicht ohne fremde Hilfe auskommen können, erhalten einen erhöhten Freibetrag von 7200,— DM.

Die Pauschbeträge sind Jahresbeträge, die keiner Kürzung unterliegen, selbst wenn sich die Voraussetzungen im Jahr ändern.

Die Pauschbeträge erhalten:

- a) Körperbehinderte, deren Minderung der Erwerbsfähigkeit auf mindestens 25% festgestellt worden ist und denen des-

halb nach gesetzlichen Vorschriften Rente oder andere laufende Bezüge zustehen, und zwar auch dann, wenn das Rentenrecht durch eine Kapitalabfindung abgegolten wurde. Die Körperbehinderung muß zu einer erkennbaren, dauernden Einengung der Beweglichkeit geführt haben oder auf einer Berufskrankheit beruhen.

- b) Körperbehinderte, deren Erwerbsminderung auf mindestens 50% festgestellt worden ist.

Der Grad der Erwerbsminderung ist durch einen amtlichen Rentenbescheid nachzuweisen.

Der Freibetrag ist von dem Kalenderjahr an zu gewähren, in dem der Antrag gestellt wurde. Mit dem Pauschbetrag sind alle typischen Mehraufwendungen abgegolten. Außerordentliche Krankheitskosten können neben den Pauschbeträgen gewährt werden¹⁸⁾.

Körperbehinderte, deren Erwerbsfähigkeit um mindestens 80% gemindert ist, können Kraftfahrzeugkosten in angemessenem Rahmen als außergewöhnliche Belastung nach § 33 EStG neben den erwähnten Pauschbeträgen geltend machen. Das gilt auch für Körperbehinderte, deren Erwerbsminderung mindestens 70% beträgt und die darüber hinaus an einer Geh- und Stehbehinderung leiden. Bei Benutzung des eigenen PKW wird eine Jahresleistung von 3000 KM bei einem KM-Satz von 0,32 DM, also ein Aufwand von 960,— DM unterstellt. Die Anschaffungskosten für ein Fahrzeug werden jedoch auch bei Schwerbeschädigten nicht als außergewöhnliche Belastung anerkannt.

Steht der Pauschbetrag für Körperbehinderte dem nicht dauernd getrennt lebenden Ehegatten oder einem beim Steuerpflichtigen zu berücksichtigenden Kind zu, so kann er auf den Steuerpflichtigen übertragen werden. Die Übertragung ist dann möglich, wenn das Kind den Freibetrag nicht in Anspruch nimmt, aber unbeschränkt steuerpflichtig ist.

5.2 Hinterbliebene

Personen, denen laufende Hinterbliebenenbezüge bewilligt worden sind, erhalten unter den nachfolgenden Voraussetzungen einen Freibetrag von 720,— DM.

Wenn die Hinterbliebenenbezüge geleistet werden:

- nach dem Bundesversorgungsgesetz oder einem Gesetz, das die Vorschriften des Bundesversorgungsgesetzes für entsprechend anwendbar erklärt
- nach den Vorschriften über die gesetzliche Unfallversicherung
- nach beamtenrechtlichen Vorschriften an Hinterbliebene eines an den Folgen eines Dienstunfalls verstorbenen Beamten
- nach den Vorschriften des Bundesentschädigungsgesetzes über die Entschädigung für Schäden an Leben, Körper oder Gesundheit.

Der Pauschbetrag ist auch zu gewähren, wenn das Recht auf die vorstehenden Bezüge durch eine Kapitalabfindung abgegolten worden ist.

Der Pauschbetrag kann ähnlich wie die Pauschbeträge für Körperbehinderte vom Kind auf die Eltern übertragen werden, wenn ihn das Kind nicht in Anspruch nimmt.

6. Regelung im Lohnsteuerverfahren

Wird der Steuerpflichtige nicht zur Einkommensteuer veranlagt, so kann eine Steuerermäßigung (Pauschbeträge) durch Eintragung eines steuerfreien Betrags auf der Lohnsteuerkarte oder beim Lohnsteuer-Jahresausgleich geltend gemacht werden. Anträge dieser Art müssen spätestens am 30. November des betreffenden Kalenderjahres gestellt worden sein.

Steuerfreie Beträge wegen außergewöhnlicher Belastung können erst beim Lohnsteuer-Jahresausgleich beantragt werden. Im allgemeinen wird bei Ehegatten, die beide in einem Arbeitsverhältnis stehen, der beantragte Freibetrag einheitlich festgestellt und auf die Lohnsteuerkarten der Ehegatten je zur Hälfte eingetragen. Die Ehegatten können auch die Eintragung des festgestellten Freibetrags auf der Lohnsteuerkarte des einen oder des anderen Ehegatten beantragen; insofern besteht ein Wahlrecht der Eheleute.

17) BGBl. I S. 1355.

18) A 70 Abs. 11 LStR.

Hermann Luchterhand Verlag GmbH & Co KG,
Heddendorfer Str. 31,
5450 Neuwied,
Postfach 1780, Telefon (0 26 31) 80 11, Telex 08 67 853
Gesamtherstellung:
Druck- und Verlags-Gesellschaft mbH,
Donnersberggring 16—18, 6100 Darmstadt
Redaktion: Assessor Peter Dippoldsmann
Assessor Albert Geiping
Dipl.-Volkswirt Stbr. Dr. Christian Kühn
Assessor Carl-Josef Steigleder.
Verantwortlicher Schriftleiter:
Assessor Carl-Josef Steigleder
Anzeigenverwaltung:
Hermann Luchterhand Verlag GmbH & Co KG, Anzei-
genabteilung
sämtlich Heddendorfer Str. 31, 5450 Neuwied,
Telefon (0 26 31) 80 11

Mit der Annahme eines Manuskripts zur Veröffentlichung erlangt der Verlag das ausschließliche Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung, und zwar auch das Recht zur Vervielfältigung im Wege fotomechanischer oder ähnlicher Verfahren zum Zwecke der gewerblichen Verbreitung.

Die fotomechanische Vervielfältigung (Fotokopie, Mikrokopie, Xerographie o. ä.) durch gewerbliche Unternehmen für deren innerbetrieblichen Gebrauch ist nach Maßgabe des zwischen der Inkassostelle für Urheberrechtliche Vervielfältigungsgebühren GmbH, Frankfurt a. M., Großer Hirschgraben 17—21 und dem

Bundesverband der Deutschen Industrie am 15. 7. 1970 abgeschlossenen Gesamtvertrag über die entgeltliche Vervielfältigung aus inländischen wissenschaftlichen Zeitschriften und Fachzeitschriften zu gewerblichen Zwecken gestattet. Die Gebühr ist an die Inkassostelle zu entrichten. Werden die Gebühren durch Wertmarken entrichtet, so ist je vervielfältigte Seite eine Marke im Betrag von 0,40 DM zu verwenden.

Bezugsbedingungen: Die „Blätter für Steuerrecht, Sozialversicherung und Arbeitsrecht“ erscheinen am 1. und 15. jeden Monats.

Abonnementpreis vierteljährlich 15,— DM (incl. 6% MwSt) zuzügl. Versandkosten.

Bezugspreis je Einzelheft 2,50 DM (incl. MwSt) zuzügl. Versandkosten. Anzeigenpreis: Gültig ist die Anzeigenpreisliste Nr. 5 vom 1. 3. 1975.

Bestellungen nehmen sämtliche Buch- und Zeitschriftenhandlungen, die Postämter und der Verlag entgegen. Abbestellungen schriftlich 6 Wochen vor Quartalschluß.

Zahlung vierteljährlich im voraus an

Hermann Luchterhand Verlag GmbH & Co KG,
Neuwied/Rhein, Postscheckkonto: Köln 278 85.

Bankkonten: Deutsche Bank AG Neuwied 202/8850,
Kreissparkasse Neuwied 5800,
Stadtparkasse Neuwied 39 883.
Gerichtsstand: Neuwied.

Zitierweise: BlStSozArbR

Blätter für Steuerrecht, Sozialversicherung und Arbeitsrecht

33. Jahrgang, 23/1978

Professor Dr. Peter Badura, München

Arbeitsrecht

Verfassungsrechtliche Grundlagen der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen*)

— Zum Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 24. Mai 1977 —

Mit dem im Verfahren der konkreten Normenkontrolle ergangenen Beschluß vom 24. Mai 1977 hat der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts entschieden, daß die Bestimmungen des § 5 Absätze 1 bis 5 und 7 TVG gültig sind, soweit sie sich auf Rechtsnormen beziehen, die den Inhalt von Arbeitsverhältnissen ordnen, und daß demnach die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Rechtsgrund und Rechtsnatur der Allgemeinverbindlicherklärung und der allgemeinverbindlichen Tarifnormen werden aus der Koalitionsfreiheit (Art. 9 Abs. 3 GG) und der staatlichen Rechtsetzungsmacht erklärt. Die bisherige Rechtsprechung des Gerichts zur Koalitionsfreiheit und zu den verfassungsrechtlichen Grundlagen der Tarifautonomie wird, im Anschluß insbes. an BVerfGE 34, 307, fortgeführt, weiterentwickelt und zu den Grundlinien einer Doktrin zusammengefügt.

Nach Abschluß des Berichts von W. Zöllner (AöR 98, 1973, S. 71), der die Bände 1 bis 31 der Entscheidungssammlung umfaßt, sind noch folgende Entscheidungen zu verzeichnen: Beschluß des 2. Senats vom 27. 2. 1973 (BVerfGE 34, 307) zur Verfassungsmäßigkeit des § 19 Heimarbeitsgesetz, der den Heimarbeitsausschüssen die Befugnis zu bindenden Festsetzungen für Entgelte und sonstige Vertragsbedingungen zuspricht; Beschluß des 1. Senats vom 18. 12. 1974 (BVerfGE 38, 281) zu den Arbeitnehmerkammern in Bremen und im Saarland; Beschluß des 1. Senats vom 19. 2. 1975 (BVerfGE 38, 386) zur Frage der Verletzung von Grundrechten der Arbeitgeber durch die Änderung der Rechtsprechung des BAG zu der Wirkung der Aussperrung von Betriebsratsmitgliedern; Beschluß des 1. Senats vom 28. 4. 1976 (BVerfGE 42, 133) zur Zulässigkeit des Ausschlusses eines Betriebsratsmitgliedes aus dem Betriebsrat, das einen gewerkschaftlichen Aufruf zu einer Kommunalwahl im Betriebsgelände verteilt hat.

Die neue Entscheidung ist für die Verfassungsfragen des Koalitionswesens und des Tarifvertragssystems von herausragender Bedeutung. In ihren Grundgedanken und Ergebnissen muß sie volle Zustimmung finden. Dem theoretischen Ordnungsbedürfnis des Verfassungsrechts und des kollektiven Arbeitsrechts stellt sie allerdings manche Aufgaben.

1. Zur kollektivrechtlichen Begründung der Tarifautonomie

Als Hauptlinie für die kollektivrechtliche Bedeutung der Koalitionsfreiheit zeichnen sich in der Entscheidung drei Thesen ab: Von Art. 9 Abs. 3 GG ist eine „autonome Ordnung des Arbeitslebens“ durch die Koalitionen intendiert. Es besteht ein „Vorrrecht der Verbände, die Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen durch eigene Normsetzung zu wahren und zu fördern“; die Tarifnormen — BVerfGE 28, 295/305: „autonome Rechtsnormen der Koalitionen“ — sind „Rechtsregeln kraft Anerkennung durch die staatliche Gewalt“ (vgl. BVerfGE 34, 307/317). Es besteht eine „subsidiäre Regelungszuständigkeit des Staates“; diese ist unbeschadet der Befugnis des Gesetzgebers zur Ausgestaltung und Effektuierung der Tarifautonomie gegeben.

Wenn das Bundesverfassungsgericht „die von Art. 9 Abs. 3 GG intendierte autonome Ordnung des Arbeitslebens“ durch die Koalitionen zu einem formelhaft geprägten Auslegungsgedanken erhebt, ist damit im Hinblick auf die zu entscheidende Rechtsfrage die durch die Koalitionsfreiheit gewährleistete Tarifautonomie in den Vordergrund gestellt. Schutzbereich und Gewährleistungsinhalt der Koalitionsfreiheit werden dadurch nicht im Ganzen und in alle Richtungen hin von diesem einen Blickwinkel abhängig gemacht. Es wird damit nicht das letzte Wort darüber gesprochen, ob die kollektivrechtlichen Garantien der Koalitionsfreiheit letztlich nur von der individualrechtlichen Gewährleistung eines Freiheitsrechts abgeleitet sind (vgl. bes. R. Scholz, Koalitionsfreiheit als Verfassungsproblem, 1971; W. Zöllner a. a. O. S. 78 ff.). Jedenfalls für Tarifautonomie und Tarifvertragssystem ist aber noch deutlicher als schon bisher eine kollektivrechtlich begründete Autonomie und damit ein selbständiger verfassungsrechtlicher Status der Tarifparteien exegiert. Für die verfassungsrechtliche Betrachtung und Konstruktion wird deshalb auch auf den Gedanken verzichtet werden müssen, die Tarifautonomie sei eine spezifische Erscheinungsweise der Privatautonomie, „kollektive Privatautonomie“ (R. Richardi, Grundprobleme der kollektiven Koali-

*) Der Nachdruck dieses in EzA bereits erschienenen Beitrages erfolgt mit Genehmigung des Autors und des Herausgebers.

tionsfreiheit, ZfA 1, 1970, S. 85; ders., Betriebsverfassung und Privatautonomie, 1973, S. 8; ders., Tarifaufonomie, Grundpfeiler freiheitsrechtlicher Arbeitsverfassung, Arbeitgeber 1974, S. 739). In zusammenfassender Bezugnahme auf die bisherige Praxis des Gerichts beschreibt der Senat die verfassungsrechtliche Garantie der Tarifaufonomie dahin, daß den frei gebildeten Koalitionen durch Art. 9 Abs. 3 GG die im öffentlichen Interesse liegende Aufgabe zugewiesen und in einem Kernbereich garantiert sei, insbes. Löhne und sonstige materielle Arbeitsbedingungen in einem von staatlicher Rechtsetzung freigelassenen Raum in eigener Verantwortung und im wesentlichen ohne staatliche Einflußnahme durch „unabdingbare Gesamtvereinbarungen“ sinnvoll zu ordnen. Der Gesetzgeber habe den Koalitionen zur Erfüllung dieser Aufgabe „das Mittel des Tarifvertrages“ an die Hand gegeben. Als Element der verfassungsrechtlich intendierten autonomen Ordnung des Arbeitslebens erscheint nur das Institut der „unabdingbaren Gesamtvereinbarung“, nicht der Tarifvertrag.

Die Tarifaufonomie, soweit sie zu normativen Regelungen befähigt, beruht auf staatlicher „Anerkennung“ und ist eine „im öffentlichen Interesse liegende Aufgabe“. Das heißt sicher nicht, die Tarifparteien übten eine ihnen „delegierte“, an sich staatliche Befugnis aus. Als Grundrecht — und grundrechtliche Verbürgung ist auch die kollektive Gewährleistung zugunsten der Koalitionen — schützt die Koalitionsfreiheit die selbstbestimmte Interessenwahrung. Daß die autonome Ordnung des Arbeitslebens aus selbstbestimmter und kollektiv organisierter Interessenwahrung hervorgeht, liegt im öffentlichen Interesse und es berührt das öffentliche Interesse, wie beschaffen jene autonome Ordnung des Arbeitslebens ist, die jeweils durch die Gesamtvereinbarungen bewirkt wird. Da das öffentliche Interesse im demokratischen Verfassungsstaat durch das gesetzgebende Parlament bestimmt wird, können die Koalitionen gegenüber dem Gesetzgeber nur ein „Vorrecht“ und nicht ein Monopol beanspruchen, die Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen durch eigene Normsetzung zu wahren und zu fördern. Legt man die Auslegung des Bundesverfassungsgerichts zugrunde, kommen dem Gesetzgeber drei Ansatzpunkte für Regelungen im Bereich der grundrechtlich geschützten Tarifaufonomie zu. Der Gesetzgeber definiert die „Anerkennung“ der Tarifnormen. Der Gesetzgeber ermöglicht und stärkt die Tarifaufonomie durch ausgestaltungsfördernde Regelungen. Der Gesetzgeber verfügt über eine „subsidiäre Regelungszuständigkeit“, die immer dann eintritt, wenn die Koalitionen die ihnen übertragene Aufgabe, das Arbeitsleben durch Tarifverträge sinnvoll zu ordnen, im Einzelfall nicht allein erfüllen können und die soziale Schutzbedürftigkeit einzelner Arbeitnehmer oder Arbeitnehmergruppen „oder ein sonstiges öffentliches Interesse“ ein Eingreifen des Staates erforderlich macht. In allen drei Richtungen möglicher gesetzgeberischer Tätigkeit ist das Grundrecht der Koalitionsfreiheit verfassungsrechtliche Richtlinie. Der dritte Punkt gibt erstmals in dieser Deutlichkeit eine Direktive für die lange umstrittenen Fragen, in welchem Maße die Tarifaufonomie die Vollmacht des Gesetzgebers im Bereich der Ordnung des Arbeitslebens verdrängt und unter welchen Voraussetzungen das Gesetz Bindungen oder Schranken der Tarifaufonomie zur Geltung bringen darf (vgl. nur H. Wiedemann/H. Stumpf, Tarifvertragsgesetz, 5. Aufl., 1977, Einl. Rdnr. 89 ff., 150 ff.).

Die Verschränkung kollektiver, selbstbestimmter Interessenwahrung der Koalitionen im Rahmen der tariflichen Kampf- und Ausgleichsbeziehung mit der verfassungsrechtlichen Freiheitsgewähr und Aufgabenzuweisung, der gesetzlichen Zurverfügungstellung des tarifrechtlichen Instrumentariums und der staatlichen Anerkennung der Tarifnormen überanstrengt die herkömmlichen Mittel des staatsrechtlichen Auflösungs- und Systematisierungsvermögens. Das Gericht sieht hier denn auch „besondere Formen von Normsetzung“ und Rechtssetzungsakte „eigener Art“. Diese Verschränkung läßt sich mit der einfachen Gegenüberstellung individueller oder „gesellschaftlicher“ Freiheit und staatlicher Ordnung und Bindung nicht erfassen. Die Forderung, den Freiheitscharakter der Koalitionsfreiheit und die gesellschaftliche — also nicht staatliche, öffentlich-rechtliche — Natur der Tarifaufonomie zu sichern und zu entfalten (H. F. Zacher, Gewerkschaften in der rechtsstaatlichen Demokratie einer Arbeitnehmergesellschaft, in: Festschrift für Franz Böhm, 1975, S. 707/728, 732), kann deshalb eigentlich nur durch bestimmte Anforderungen an das Koalitionswesen, in institutionellen Erwägungen und Vorkehrungen hinsichtlich der Stellung und Ordnung der Koalitionen erfüllt werden (vgl. P. Badura, Arbeitsgesetzbuch, Koalitionsfreiheit und Tarifaufonomie, RdA 1974, 129/134 ff.). Kraft des Sozialstaatsatzes und der Koalitionsfreiheit sind die Koalitionen als Bewegungskräfte des „sozialen Verfassungsrechts“ (Sinzheimer) wirksam. Von ihrem

Willen und damit, wie das Bundesverfassungsgericht es ausdrückt, „vom Willen außerstaatlicher, demokratisch nicht legitimer und parlamentarisch nicht verantwortlicher Gruppierungen“ ist die tarifliche Normsetzung weitgehend abhängig. Damit ist das durch die Vereinigungsfreiheit (Art. 9 Abs. 1 GG) grundrechtlich geschützte, d. h. in die Polarität von Staat und Freiheit eingeordnete Assoziations- und Verbandswesen verlassen und die andere Ebene einer kollektivrechtlichen sozialen Selbstbestimmung betreten, die ein Teil der politischen Ordnung, d. h. der Ordnung von Macht und Verantwortung ist.

2. Der doppelte Rechtsgrund der Allgemeinverbindlicherklärung

Der verfassungsrechtlichen Beurteilung, daß die gesetzlichen Bestimmungen über die Allgemeinverbindlicherklärung gültig sind, legt das Gericht eine aus dem Tarifvertragsgesetz und aus der Koalitionsfreiheit entwickelte Deutung von Wirkung und Eigenart dieses staatlichen Aktes zugrunde. Die seit einiger Zeit herrschende Auffassung, daß die in § 5 Abs. 4 TVG festgelegte Wirkung nur durch einen normativen Akt herbeigeführt werden kann, wird bestätigt. Bisher war allerdings aus der Charakterisierung der Allgemeinverbindlicherklärung als Rechtssetzungsakt geschlossen worden, es handle sich um eine Rechtsverordnung, wenn auch um eine arbeitsrechtliche „Sonderkategorie“, so daß die verfassungsrechtlichen Grundsätze über die Voraussetzungen exekutivischer Rechtsetzung hier nicht oder jedenfalls nur modifiziert maßgeblich seien (W. Zöllner, Die Rechtsnatur der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen, DB 1967, 334; ders., Arbeitsrecht, 1977, S. 50). Das Bundesarbeitsgericht hat diese Einordnung vermieden und, unter Bezugnahme auf BVerfGE 34, 307, lakonisch dafür gehalten, der Rechtssetzungsakt der Allgemeinverbindlicherklärung wurde in Art. 9 Abs. 3 GG und sei nicht an Art. 80 GG zu messen (BAG EzA § 4 TVG Bauindustrie Nr. 10 und EzA § 5, 3 TVG). In dieser Richtung fortschreitend hat das Bundesverfassungsgericht nun eine Geltung des „Typenzwangs“ der Rechtsquellen in dem von Art. 9 Abs. 3 GG maßgeblich gestalteten Bereich der Regelung von Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen überhaupt verneint. Diese weitreichende Annahme wird nicht etwa nur den Tarifnormen vorbehalten, sondern auch auf die staatliche Allgemeinverbindlicherklärung erstreckt. Jener „Typenzwang“ der Rechtsquellen, wonach eine Rechtsetzung der Exekutive sich den Formen der Rechtsverordnung oder der Verwaltungsvorschrift oder — bei Selbstverwaltungskörperschaften — der Satzung beizufügen hat, ist keineswegs nur eine Sache der Nomenklatur oder der theoretischen Klassifikation. Er hat sein sachliches Fundament in den Konstruktionsregeln der Gesetzgebung in der gewaltenteilenden Demokratie und im Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung. Daß dies in der Reichweite der Koalitionsfreiheit zurückzutreten hat, zeigt die grundrechtlich umhüllte, tatsächlich aber institutionelle Dimension des Koalitionswesens und der Tarifaufonomie.

Die zu prüfenden Vorschriften über die Allgemeinverbindlicherklärung werden vom Bundesverfassungsgericht als Ausdruck der Befugnis des Gesetzgebers verstanden, die von der Koalitionsgarantie umfaßte Betätigungsgarantie der Koalitionen näher zu regeln. Sie erscheinen also nicht nur als Ergänzung der tariflichen Entscheidung der Koalitionen, so daß die Allgemeinverbindlicherklärung „die Bedeutung einer bloßen unselbständigen Zustimmungserklärung zu autonomer Normsetzung der Koalitionen auch gegenüber den Außenseitern“ hätte. Der Staat trifft eine selbständige und vom öffentlichen Interesse bestimmte Entscheidung, aber in den gesetzlichen Vorschriften über die Voraussetzungen und das Verfahren dieser Entscheidung war der Koalitionsfreiheit soweit wie möglich Rechnung zu tragen und hat der Gesetzgeber sich für eine Regelung entschieden, die der Intention des Art. 9 Abs. 3 GG möglichst nahekommt. Dies rechtfertigt in den Augen des Gerichts die Besonderheit der normativen Rechtsform, wenn auch manche rechtsstaatliche Irregularitäten der Publikation von Allgemeinverbindlicherklärungen als dadurch nicht geboten und damit verbesserungsbedürftig erkannt werden.

Die Befugnis des Gesetzgebers, das Institut der Allgemeinverbindlicherklärung vorzusehen und in der Weise zu regeln, wie es in § 5 TVG geschehen ist, mußte verfassungsrechtlich in zwei Richtungen dargetan werden. Durch die Allgemeinverbindlicherklärung wird erstens die Geltung eines Tarifvertrages auf die Außenseiter erstreckt, die damit, wenn auch kraft eines staatlichen Normativaktes, Tarifnormen von Koalitionen unterworfen werden, denen sie nicht angehören. Indem der Staat den Geltungsbereich der Tarifnormen über den tarifrechtlich der autonomen Rechtsetzung eröffneten Bereich hinaus erstreckt, wird durch die Allgemeinverbindlicherklärung zweitens die Koali-

tionsfreiheit der tarifschließenden Koalitionen berührt. In dieser zweiten Hinsicht kommen als die gesetzliche Regelung rechtfertigende Gründe die Ziele zum Tragen, die dem Institut der Allgemeinverbindlicherklärung zugrunde liegen. Der Gesetzgeber kann sich hier gegenüber der Tarifautonomie sowohl auf seine Ausgestaltungsbefugnis wie auch auf seine subsidiäre Regelungsbefugnis berufen. Denn — so legt das Gericht dar — die Allgemeinverbindlicherklärung sichert die Effektivität der tarifvertraglichen Normsetzung gegen die Folgen wirtschaftlicher Fehlentwicklungen und erweist sich in dieser Beziehung als ein Instrument, das die von Art. 9 Abs. 3 GG intendierte autonome Ordnung des Arbeitslebens durch die Koalitionen abstützen soll, indem sie den Normen des Tarifvertrages zu größerer Durchsetzungskraft verhilft. Daneben dient die Allgemeinverbindlicherklärung dem Ziel, den Außenseitern angemessene Arbeitsbedingungen zu sichern; insoweit beruht sie auf der subsidiären Regelungsbefugnis des Staates im Bereich der Tarifautonomie.

Die vom Bundesverfassungsgericht für richtig gehaltene Einordnung der Allgemeinverbindlicherklärung als „Rechtssetzungsakt eigener Art zwischen autonomer Regelung und staatlicher Rechtssetzung“, „weder der Erlaß eines Verwaltungsakts noch der einer Rechtsverordnung“, betrifft lediglich das Verhältnis dieses staatlichen Aktes zu den sonst nicht tarifgebundenen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die so bestimmte Rechtsnatur der Allgemeinverbindlicherklärung bezieht sich auf die durch sie herbeigeführte rechtliche Wirkung, die in § 5 Abs. 4 TVG angeordnet ist. Damit sind noch nicht alle Fragen erledigt. Denn mit der Allgemeinverbindlicherklärung gibt der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung zugleich dem Antrag einer Tarifvertragspartei statt. Darauf, wie es sich mit der rechtlichen Bedeutung der Entscheidung des Bundesministers über den Antrag der Tarifvertragspartei auf Allgemeinverbindlicherklärung eines Tarifvertrages verhält, brauchte das Bundesverfassungsgericht nicht einzugehen. Diese Entscheidung, die nur im Falle der Ablehnung des Antrages als selbständiger Rechtsakt in Erscheinung tritt, wird weithin als ausdrücklich bzw. konkludent erlassener Verwaltungsakt angesehen, den die betroffenen Tarifvertragsparteien im Verwaltungsrechtswege erstreiten bzw. anfechten könnten (O. Bachof, Satzungs genehmigung und Satzungsoktroi: Verwaltungsakte mit Doppelnatur? in: Festschrift für Werner Weber, 1974, S. 515/525 f., zustimm. W. Zöllner, Arbeitsrecht a. a. O., S. 250; H. Wiedemann/H. Stumpf, Tarifvertragsgesetz a. a. O., § 5 Rdnrn. 17, 101 f.). Ob bei Erfolg des Antrages im Normativakt der Allgemeinverbindlicherklärung implizit auch ein Verwaltungsakt gesehen werden darf, ist eher zweifelhaft. Derselbe Fehler müßte den Normativakt ungültig machen, könnte aber hinsichtlich des Verwaltungsaktes nur die Aufhebbarkeit bewirken. Außer dieser materiellrechtlichen Ungereimtheit müßte man prozeßrechtlich dazu kommen, daß eine erfolgreiche Anfechtungsklage auch die Gültigkeit einer Norm beseitigt, ohne auch allgemein verbindlich zu sein (§ 121 VwGO). In der Ablehnung des Antrages auf Allgemeinverbindlicherklärung dagegen ist ein Verwaltungsakt zu sehen. Eine Verwaltungsklage des Antragstellers könnte allerdings nur zulässig sein (§ 42 Abs. 2 VwGO), soweit dieser in seinen Rechten verletzt sein könnte, also nicht schlechthin unter Berufung auf eine Verletzung des § 5 TVG. Für einen Streit über die Voraussetzungen des „öffentlichen Interesses“ oder des „sozialen Notstandes“ besteht eine Klagebefugnis nicht. Zu Recht hat das Bundesverfassungsgericht angenommen, daß die Entscheidung über die Allgemeinverbindlicherklärung auch eine selbständige staatliche Entscheidung darstellt und nicht nur eine der Ausübung der Tarifautonomie akzessorische Entscheidung. Dies führt weiter zum Außenseiterproblem.

3. Das Außenseiterproblem

Die Frage, ob eine unmittelbare Unterstellung der Außenseiter unter die Tarifmacht verfassungsrechtlich zulässig ist, muß man in der Tat zu den „Elementarfragen der Freiheit“ rechnen (so W. Zöllner, Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts a. a. O., S. 89). Sie ist außerdem auch eine Elementarfrage der von den Koalitionen getragenen autonomen Ordnung des Ar-

beitslebens. Von einer mehr freiheitsrechtlichen als kollektivrechtlichen Deutung der Koalitionsfreiheit ist denn auch bereits an BVerfGE 34, 307 die Kritik geübt worden, das Gericht habe dort „die soziale Vormundschaft der Interessenorganisation für die Interessen der Nichtorganisierten in besonders weitem (und bedenklichem) Umfang anerkannt“ (H. F. Zacher, Gewerkschaften a. a. O., S. 716, 730). Die neuerliche Entscheidung des Gerichts zur Allgemeinverbindlicherklärung jedenfalls würde eine solche Kritik nicht verdienen.

Die Rechtfertigung dafür, daß der Außenseiter kraft der Allgemeinverbindlicherklärung den Tarifvertrag für sich gelten lassen muß, wird vom Bundesverfassungsgericht institutionell (demokratische Legitimation) und individualrechtlich (negative Koalitionsfreiheit, allgemeine Handlungsfreiheit) dargetan. Das Gericht verwirft ausdrücklich die Lehre, daß dem geltenden Recht in § 5 TVG die „rechtstheoretische Vorstellung“ einer „erweiterten Autonomie“ der Koalitionen zugrunde liege, die von vornherein alle Angehörigen des jeweiligen Berufskreises und damit auch die Außenseiter erfasse. Es wird dann zwar zunächst gesagt, daß es wegen dieses dem Gesetz entnehmbaren Befundes keiner Prüfung bedürfe, ob sich eine hiervon ausgehende gesetzliche Regelung mit dem Grundgesetz vereinbaren ließe. Etwas später wird jedoch der Sache nach eine derartige Prüfung angestellt. Denn es heißt nicht nur, die Tarifautonomie sei grundsätzlich auf die Mitglieder der Tarifparteien beschränkt, sondern es wird dem hinzugefügt, daß diese grundsätzlich Beschränkung der Koalitionsfreiheit und auch dem demokratischen Prinzip entspreche, nämlich dem — seit der Facharzt-Entscheidung (BVerfGE 33, 125/158) mehrfach betonten — Grundsatz, daß der Staat seine Normsetzungsbefugnis nicht in beliebigem Umfang außerstaatlichen Stellen überlassen und den Bürger nicht schrankenlos der normsetzenden Gewalt autonomer Gremien ausliefern dürfe, die ihm gegenüber nicht demokratisch bzw. mitgliedschaftlich legitimiert seien. Von dieser Prämisse aus ist klar, daß die Allgemeinverbindlicherklärung eine notwendige selbständige staatliche Entscheidung einschließen muß, ebenso wie aus Gründen der Tarifautonomie diese staatliche Entscheidung nicht vom Willen der Tarifparteien völlig gelöst werden darf. „Sowohl die Mitwirkung der Koalitionen und des diese repräsentierenden Tarifausschusses als auch die Beteiligung des Staates sind notwendig, um die Außenseiter dem Tarifvertrag zu unterwerfen.“ Der die Außenseiter an die Tarifnormen bindende „Geltungsbefehl“ bleibt dem Staat vorbehalten; der die Allgemeinverbindlicherklärung aussprechende Minister hat „die von den Koalitionen geschaffene Rechtsordnung in seinen Willen aufgenommen“, „der Geltungsbereich der tariflichen Normen geht dann auch von ihm aus“. Da der Staat sich seines in den Grenzen des Kernbereichs der Koalitionsfreiheit fortbestehenden Normsetzungsrechts „nicht völlig entäußert“ hat, sind die allgemeinverbindlichen Tarifnormen gegenüber den Außenseitern durch die staatliche Mitwirkung „noch ausreichend demokratisch legitimiert“. Bemerkenswert an dieser Argumentation des Gerichts ist die Eindeutigkeit, mit der die demokratische Legitimation der staatlichen Willensbildung und Entscheidung von der sozialen Selbstverwaltung des Koalitionswesens abgehoben erscheint. Die Koalitionen können hiernach die Grenzen ihrer freiwilligen Mitgliedschaft allein aus eigenem Recht nicht überschreiten.

Die schon in BVerfGE 31, 297/302 (betr. § 11 Abs. 1 Satz 2 ArbGG) offen gelassene Frage, ob das individuelle Grundrecht der Koalitionsfreiheit auch die negative Koalitionsfreiheit einschließt, wird vom Bundesverfassungsgericht wiederum nicht entschieden. Der Inhalt eines derartigen Grundrechts wird, wie damals, dahin bestimmt, daß es die Freiheit garantiere, sich einer anderen oder keiner Koalition anzuschließen, und damit ein Recht dagegen gebe, daß Zwang oder Druck in Richtung auf eine Mitgliedschaft ausgeübt werde. Da die gesetzliche Regelung über die Allgemeinverbindlicherklärung von tariflichen Inhaltsnormen Beeinträchtigungen dieser Art nicht bewirke, könne ein Grundrecht der negativen Koalitionsfreiheit, sofern es sich aus Art. 9 Abs. 3 GG ergeben sollte, nicht berührt sein. Daß die allgemeine Handlungsfreiheit der Außenseiter (Art. 2 Abs. 1 GG) nicht verletzt werde, wird selbständig geprüft und verneint.